



BiB

**Bundesinstitut
für Bevölkerungsforschung**

Bevölkerung

Fakten - Trends - Ursachen - Erwartungen

Mai 2000

Wie erreichen Sie das BiB?

Postadresse:	Postfach 5528	65180 Wiesbaden
Besucheradresse:	Friedrich-Ebert-Allee 4	65185 Wiesbaden
Telefon:	0611 / 752235	
E-Mail:	bib@statistik-bund.de	
Fax:	0611 / 753960	
Homepage:	http://www.bib-demographie.de	

Bevölkerung

Fakten - Trends - Ursachen - Erwartungen

Sonderveröffentlichung im Rahmen der Schriftenreihe
des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Schriftleitung: Dr. Charlotte Höhn, Direktorin und Professorin

Wissenschaftliche Mitarbeit: Dr. Jürgen Dorbritz

Karla Gärtner

Dr. Evelyn Grünheid

Dr. Gert Hullen

Dr. Ulrich Mammey

Dr. Juliane Roloff

Reiner Schulz

Inhalt

	<i>Seite</i>
Vorwort der Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung.....	4
1. Die dringlichen Bevölkerungsfragen unserer Zeit.....	5
2. Das BiB stellt sich vor	7
3. Wie viele Menschen leben in Deutschland?.....	9
4. Das Altern der Bevölkerung.....	11
5. Kinderhaben oder kinderlos bleiben.....	12
6. Eheschließungen und Scheidungen.....	15
7. Der Wandel in den Formen des Zusammenlebens.....	16
8. Wie alt werden wir?.....	17
9. Migration - Minderheiten - Integration.....	19
10. Die Weltbevölkerung wächst weiter.....	21
11. Was ist seit 1990 passiert? - Die West-Ost-Unterschiede	23
12. Veröffentlichungen des BiB 1996 - 1999.....	25
Organisationsplan des BiB.....	33

Vorwort der Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

Warum diese Broschüre?

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bevölkerungsfragen gewinnen in unserer Zeit immer mehr an Bedeutung. Das betrifft nicht nur die Weltbevölkerung, die inzwischen mehr als 6 Milliarden Menschen zählt, sondern auch die demographische Situation in der Bundesrepublik Deutschland.

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung hat es sich daher nach einer dankenswerten Anregung durch sein Kuratorium zur Aufgabe gemacht, aktuell und allgemein verständlich über die demographische Situation in Deutschland zu informieren. Wir wollen es Ihnen in Form von Trendaussagen, detaillierten Beschreibungen und graphischen Darstellungen erleichtern, sich einen Überblick über den demographischen Wandel, seine Ursachen und Konsequenzen in Deutschland zu verschaffen.

Wir werden erklären, warum die Bevölkerung immer älter wird und welche Konsequenzen für unsere sozialen Siche-

rungssysteme daraus entstehen. Wir werden zeigen, dass Deutschland zu den Niedrig-Fertilitäts-Ländern gehört und die Ursachen dafür nennen. Es wird beschrieben, wie sich die Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens verändern. Wir machen auf die steigende Scheidungshäufigkeit aufmerksam und weisen darauf hin, wie wichtig die Integration der ausländischen Mitbürger ist. Die demographischen Trends in Deutschland betrachten wir eingebettet in die Weltbevölkerungsentwicklung, mit der wir durch die internationalen Migrationsströme verknüpft sind.

Nicht zuletzt verfolgen wir das Ziel, Ihnen das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung als Ansprechpartner in allen Bevölkerungsfragen zu präsentieren. Wir stellen unsere Arbeitsschwerpunkte und Projekte vor und möchten Sie einladen, von unserem Fachwissen und unserer Beratungskompetenz Gebrauch zu machen.

Dr. Charlotte Höhn
Professorin und Direktorin

1. Die dringlichen Bevölkerungsfragen unserer Zeit

Die Welt ist demographisch verbunden

Der eine Teil der Weltbevölkerung lebt in Ländern mit niedriger Geburtenhäufigkeit sowie hoher und weiter steigender Lebenserwartung. Der andere Teil hat viele Kinder und ihr Gewinn an Lebenszeit ist durch die Ausbreitung von HIV/AIDS gefährdet. In beiden Gruppen sind dringliche Bevölkerungsprobleme zu lösen - alterungsbedingte in der Gruppe der Industrie- und Schwellenländer und wachstumsbedingte in den Entwicklungsländern. Beide Ländergruppen sind durch die internationalen Migrationsströme und globale Umweltprobleme miteinander verknüpft.

Die Alterung der Bevölkerung ist aus deutscher Sicht die zentrale Fragestellung

Das Altern der Bevölkerung in den Industrie- und Schwellenländern resultiert aus dem säkularen Geburtenrückgang und der seit ca. 30 Jahren sehr niedrigen Geburtenhäufigkeit, der wachsenden Kinderlosigkeit und dem kontinuierlichen Anstieg der Lebenserwartung, der heute darauf beruht, dass sich die Lebenszeit der über 60-Jährigen verlängert. Das Altern der Bevölkerung ist ein irreversibler Vorgang, der eintreten wird, da er im heutigen Altersaufbau der Bevölkerung bereits angelegt ist. Steigende Geburtenzahlen oder verstärkte Zuwanderungen können das Altern mildern, jedoch nicht in sein Gegenteil verkehren. Das bedroht die sozialen Sicherungssysteme und verlangt nach langfristigen Anpassungsstrategien. Daher wird das Altern der Bevölkerung zur zentralen demographischen Problemstellung der kommenden Jahrzehnte werden.

Die Zahl der Weltbevölkerung wird weiter wachsen

Der 12. Oktober 1999 war von den Vereinten Nationen zum Tag des sechsmilli-

ardsten Menschen erklärt worden. Nach den Prognosen der VN wird die Weltbevölkerung, die zur Zeit um etwa 80 Millionen Menschen jährlich wächst, weiter zunehmen auf knapp 9 Milliarden Menschen im Jahr 2050. Diese Entwicklung wird eintreten, obwohl die durchschnittlichen Kinderzahlen und damit die Wachstumsraten weltweit - mit Ausnahme weniger Länder - sinken, weil die geburtenstarken Jahrgänge der Vergangenheit erst noch in das Alter kommen, in dem sie selbst eine Familie gründen und Kinder bekommen. Die stärkste Zunahme der Bevölkerung wird in den ärmsten Ländern der Welt - in Afrika und in Süd-Ost-Asien - stattfinden. Diese Entwicklung birgt zwei große Probleme, ein generelles und ein spezielles:

- ➔ der schnelle Rückgang der Kinderzahlen in den Ländern der Dritten Welt führt in diesen Ländern zu einer - verglichen mit den Industrieländern - beschleunigten Alterung der Bevölkerung und
- ➔ in den ärmsten Ländern drängen starke Kinder- und Jugendlichenjahrgänge in den Ausbildungssektor und auf einen in den betreffenden Ländern wenig aufnahmefähigen Arbeitsmarkt.

Wanderungsdruck lastet auf den Industrieländern des Nordens

Die seit den sechziger Jahren stark angewachsene grenzüberschreitende Migration ist kein spezifisch deutsches Phänomen, sondern betrifft ebenso die west- und nordeuropäischen Nachbarländer sowie die anderen Industrieländer.

Neben den technischen Voraussetzungen, d.h. den ständig enger geknüpften Informations-, Kommunikations- und Transportnetzen sind es vor allem demographische, ökonomische, politische und ökologische Gründe, die Menschen aus

weniger entwickelten Ländern, aber auch aus Kriegs- und Katastrophengebieten in Richtung wirtschaftlich, sozial- und rechtspolitisch weiter entwickelte Regionen in Bewegung setzen.

Solange das demographische, ökonomische und soziale Gefälle zwischen dem Norden und dem Süden nicht verringert wird, sondern sich eher weiter vergrößert, werden zumindest mittelfristig sowohl der Wanderungsdruck auf Deutschland und Europa als auch die Zahl der Einwanderungen tendenziell weiter anwachsen. Aus der Geschichte der klassischen Einwanderungsländer, aber auch aus europäischen Erfahrungen weiß man: Einwanderungsbevölkerungen sind häufig Konfliktbevölkerungen. Wie diesen potentiellen Konflikten begegnet werden kann, hängt nicht nur von der Integrationsbereitschaft und -fähigkeit der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ab.

Integration wird immer wichtiger

Eingliederungsprobleme mit verschiedenen seit Jahrzehnten hier lebenden oder gar in Deutschland geborenen Ausländergruppen lehren, dass Integration und Assimilation nicht das zwangsläufige Ergebnis einer mehr oder weniger langen Aufenthaltsdauer sind, sondern durch eine überschaubare Integrationspolitik gefördert werden müssen.

Elementare Voraussetzungen dafür sind Sprachkompetenz und Rechtssicherheit durch Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status sowie die Möglichkeit, beispielsweise an den Bildungs-, Berufs-, Erwerbs-, Einkommens- und Wohnstrukturen teilzuhaben. Dadurch wird die soziale Assimilation in Form von interethnischen Kontakten in Nachbarschaften, Vereinen, Freundeskreisen und Partnerschaften gefördert. Der begonnene Abbau der Schranken zur Einbürgerung für diejenigen Immigranten und ihre Nachkommen, die auf Dauer in Deutschland bleiben wollen, ist eine wichtige Voraussetzung zur Herausbildung eines Zugehörigkeitsgefühls zur Aufnahmegesellschaft. Ansätze zur Binnenintegration, d.h. zur Bildung autonomer, fremdkultureller Gemeinschaften, kann erfolg-

reich nur durch eine gezielte strukturelle Förderung und Einbeziehung der nachwachsenden Immigrantengenerationen in das soziale Umfeld entgegengewirkt werden.

Allmähliche Normalisierung im Osten

Der demographische Wandel in Ostdeutschland setzte bereits 1989 mit der Massenflucht aus der ehemaligen DDR ein, in deren Folge die Bevölkerungszahl von Anfang 1989 bis Ende 1990 um mehr als 600 Tsd. Personen gesunken ist. Überraschend starke Rückgänge der Geburten-, Heirats- und Scheidungshäufigkeit schlossen sich an.

Nachdem sich nach 1990 die innerdeutschen Wanderungsströme relativ schnell normalisiert hatten, zeichnen sich für die Mehrheit der übrigen demographischen Prozesse, insbesondere die Geburten- und Heiratshäufigkeit, aber auch die Lebenserwartung und Scheidungshäufigkeit, längerfristige Annäherungszeiträume ab.

Der demographische Wandel in Ostdeutschland verläuft differenziert und nicht generell linear in Richtung auf die westdeutschen Verhaltensmuster. Geburten- und Heiratsneigung zeigen nach wie vor bei langsamen Anstiegstendenzen ein außerordentlich niedriges Niveau, während sich das Alter bei der Erstheirat, das Alter bei der Geburt der Kinder und die Kinderlosenanteile rasch anzunähern scheinen. Keine Annäherung zeichnet sich hinsichtlich der Anteile der Kinder ab, die von nicht verheirateten Frauen geboren werden.

Die demographische Situation in den neuen Bundesländern ist im Vergleichsrahmen der mittel- und osteuropäischen Reformstaaten inzwischen keine besondere Situation mehr. Die Radikalität des Systemwandels hat die demographischen Konsequenzen nur schneller sichtbar werden lassen. So hat beispielsweise der Geburtenrückgang in Bulgarien, Tschechien oder Rußland ähnliche Dimensionen angenommen wie sie 1990/91 in den neuen Bundesländern zu beobachten waren.

2. Das BiB stellt sich vor

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung wurde am 12. Februar 1973 gegründet und ist mit 19 Mitarbeitern, darunter 8 Wissenschaftlern, eine vergleichsweise sehr kleine Forschungseinrichtung.

Gemäß seinem Errichtungserlass sind ihm 4 Aufgaben gestellt:

1. Wissenschaftliche Forschung über Bevölkerungs- und damit zusammenhängende Familienfragen als Grundlage für die Arbeit der Bundesregierung zu betreiben,
2. bevölkerungswissenschaftliche Erkenntnisse zu sammeln, nutzbar zu machen und zu veröffentlichen,
3. die Bundesregierung über wichtige Vorgänge und Forschungsergebnisse zu unterrichten und

4. das Bundesministerium des Innern bei der internationalen Zusammenarbeit in Bevölkerungsfragen zu unterstützen.

Gegenwärtig stehen 4 aktuelle Bevölkerungsfragen im Vordergrund:

Das BiB hat seine Arbeit auf

1. Probleme und Konsequenzen der demographischen Alterung,
2. die demographischen Aspekte des Wandels in den Lebens- und Familienformen,
3. die Zuwanderungen nach Deutschland und ihre sozio-demographischen Aspekte und
4. die demographische Situation in den neuen Bundesländern, deren Konsequenzen und Veränderungen konzentriert.

Aktuelle Forschungsprojekte:

- Family and Fertility Survey - International vergleichende Analysen
- Lebensstile und ihr Einfluß auf Gesundheit und Lebenserwartung
- Demographischer Wandel in Mittel- und Osteuropa - Projekt in Zusammenarbeit mit dem Europarat
- Determinanten und Indikatoren der Integration und Segregation der ausländischen Bevölkerung
- Modellrechnungen der künftigen Lebensformen, Haushalts- und Familienstrukturen
- Die Alten der Zukunft - Forschungsprojekt im Auftrag des BMFSFJ
- Population Policy Acceptance Survey (PPA2) - Wiederholungsbefragung im Rahmen eines internationalen Forschungsprojektes
- Demographische Alterung in der Welt

Daueraufgaben:

- Jährliche Erstellung und Veröffentlichung des Berichtes zur demographischen Lage in Deutschland mit einem Teil A (allgemeine Trends) und einem Teil B (spezifische Themen) in der Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft
- Beratung der Bundesregierung in Bevölkerungsfragen
- Zusammenarbeit mit bevölkerungswissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland, insbesondere die Teilnahme an Arbeitstreffen und die Organisation solcher Treffen in Deutschland
- Wissenschaftlicher Auskunftsdienst
- Betreuung von Praktikanten und Gastforschern
- Veröffentlichungen:
 - ➔ Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft
 - ➔ Schriftenreihe des BiB
 - ➔ Materialien zur Bevölkerungswissenschaft
 - ➔ BiB-Mitteilungen

Ziele und Aufgaben

Forschungsprojekte und Daueraufgaben

Die Unterrichtung und Beratung der Bundesregierung über Bevölkerungsfragen und damit zusammenhängende Familienfragen gemäß Errichtungserlass erfolgt sowohl durch die ständige Mitarbeit in Gremien, die sich mit Bevölkerungsfragen befassen, wie z. B. die Interministerielle Arbeitsgruppe Bevölkerungsfragen und die Nationale Kommission für Bevölkerung und Entwicklung, sowie durch das Bereitstellen einschlägiger Informationen als auch durch die Beantwortung der Anfragen von Politikern oder Ressorts. Ebenfalls Teil der Politikberatung ist die im Errichtungserlass benannte Aufgabe, das Bundesministerium des Innern bei

der internationalen Zusammenarbeit in Bevölkerungsfragen zu unterstützen. Hierzu gehören die Teilnahme an den Sitzungen der Bevölkerungs- und Entwicklungskommission der Vereinten Nationen und an den Konferenzen der Vereinten Nationen (Europäische Bevölkerungskonferenz 1993 in Genf und 1998 in Budapest, Internationale Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung 1994 in Kairo, Kairo plus 5 - Sondersitzung der Generalversammlung 1999 in New York), einschließlich der Vorbereitungssitzungen und den Koordinierungssitzungen der EU, sowie an den Sitzungen des Europäischen Bevölkerungsausschusses des Europarats.

Politikberatung

3. Wie viele Menschen leben in Deutschland?

Bevölkerungszahl

Ende 1998 lebten in Deutschland rund 82 Millionen Menschen, davon 68 Millionen im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin) und 14 Millionen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin). 1990 betrug die Bevölkerungszahl nur 79,75 Mio. Menschen (Tab. 1). In den Jahren seit der deutschen Einheit hat die Bevölkerungszahl mit Ausnahme des Jahres 1998 ständig zugenommen. Grund dafür waren die hohen Zahlen der

Zuwanderer, die jedoch seit 1995 zurückgehen. Das hat 1998 dazu geführt, dass der gleichfalls hohe Überschuss der Gestorbenen über die Lebendgeborenen die nach wie vor positive Wanderungsbilanz überstiegen hat (Abb. 1). Langfristig ist ein deutlicher Rückgang der Zahl der Bevölkerung bei einem gleichzeitigen Altern zu erwarten. Vorausschätzungen zeigen, dass sich die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2050 auf ca. 70 Millionen verringern könnte.

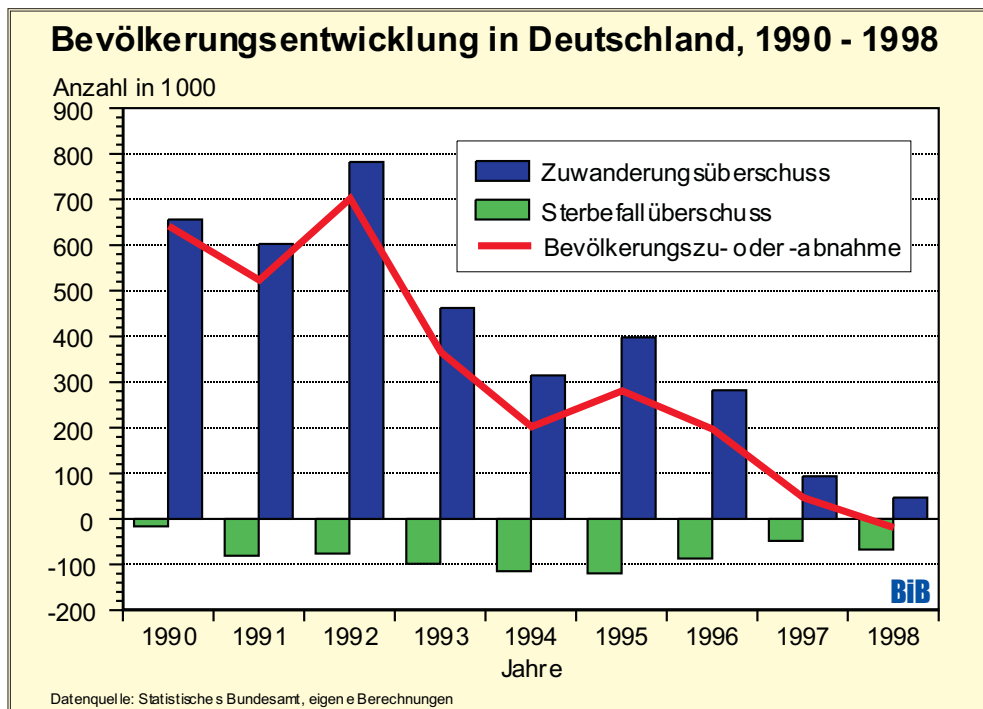
82 Millionen Einwohner, Zuwachs verlangsamt

Jahr	Bevölkerungszahl am 31.12. (in Mio.)			Bevölkerung nach Altersgruppen in Deutschland (Anteile in %)			
	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland	unter 20	20 - 29	30 - 59	60 und älter
1950	50,34	18,38	68,72	30,4	14,1	40,9	14,6
1970	61,00	17,07	78,07	30,0	12,9	37,1	19,9
1990	63,73	16,02	79,75	21,7	16,7	41,2	20,4
1998 ¹⁾	68,02	14,02	82,04	21,4	12,3	43,9	22,4

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, ¹⁾ Westdeutschland einschließlich Berlin, Ostdeutschland ohne Berlin

Tab. 1:

Abb. 1:



Immer weniger Verheiratete

9 % Ausländer, Tendenz steigend

Bevölkerungsstrukturen

Alter und Familienstand sind die demographischen Strukturen, die einem schnellen Wandel unterliegen.

In der Altersstruktur finden seit längerem Umschichtungen zuungunsten der jüngeren Altersgruppen statt (vgl. auch den Abschnitt: 4. Altern der Bevölkerung). Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren ist seit 1950 von 30,4 % auf 21,4 % im Jahr 1998 gesunken. Dagegen stieg der Bevölkerungsanteil der

60-Jährigen und Älteren von 14,6 % auf 22,4 %.

Ursachen für den Wandel in der Familienstandsstruktur sind altersstrukturelle Verschiebungen, die seit den 70er Jahren niedrige Heiratsneigung, spätere Eheschließungen und die steigende Scheidungshäufigkeit. 1960 waren in Deutschland nur 15,7 % der Bevölkerung über 18 Jahre ledig. 1998 betrug dieser Anteil 40,6 %. Dementsprechend ist der Verheiratetenanteil von 65,4 % auf 39,6 % gesunken. Geschieden waren 1960 2,7 % und 1998 8,2 %.

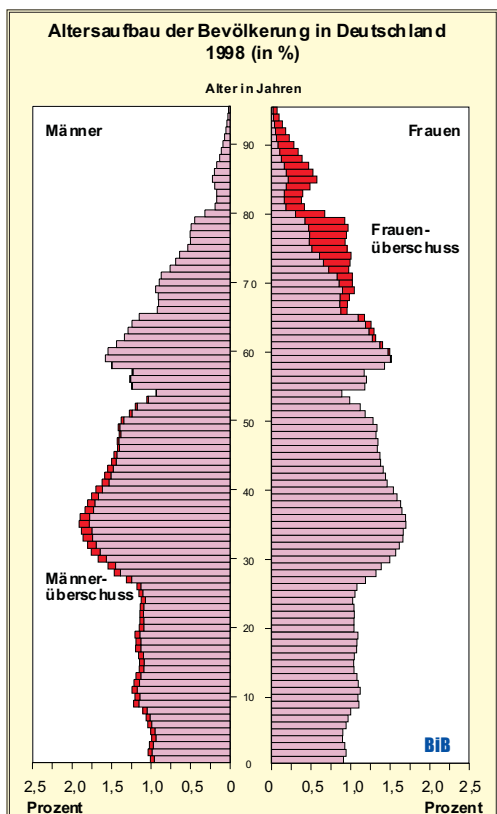
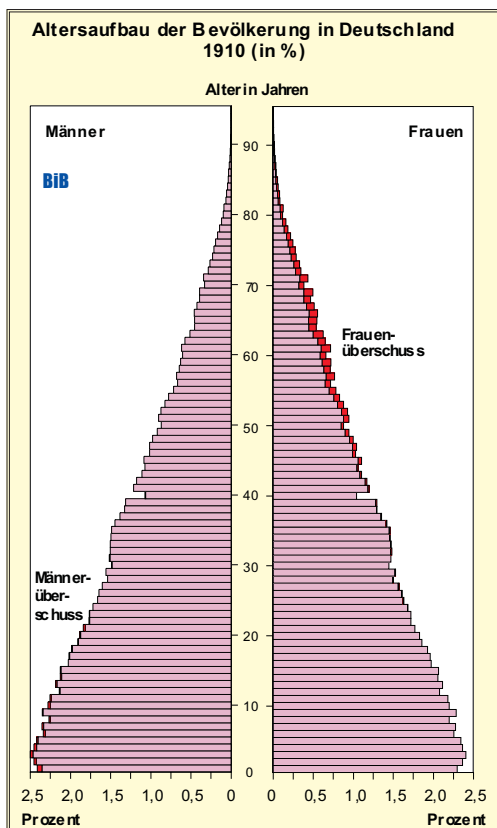
Ausländer in Deutschland

Ihr Anteil von 8,9 % an der Bevölkerung im Jahr 1998 repräsentiert eine Zahl von 7,32 Mio. Im Jahr 1991, dem ersten Jahr nach der Wiedervereinigung und ein Jahr vor dem Höhepunkt der Zuwanderung nach Deutschland, waren erst 5,88 Mio. Ausländer gemeldet, was einem Anteil von 7,3 % entsprach. Die Geschlechterproportion von 100 männlichen Ausländern zu 81 weiblichen ist die einer typischen Einwanderungsbevölkerung. Ein weiteres Kennzeichen ist der geringe Anteil alter Personen sowie der überdurchschnittlich hohe Anteil der Altersgruppe mit der generell höchsten Wanderungsintensität: 56,6 % der in Deutschland lebenden Ausländer sind 15 bis 44 Jahre alt.

Die größte Nationalitätengruppe bildet mit 2,1 Mio. die türkische Bevölkerung. 1,8 Mio. waren Staatsangehörige eines EU-Mitgliedslandes und 1,2 Mio. entstammen den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Nach der Aufenthaltsdauer sind zwei Hauptgruppen zu unterscheiden: 32,7 % leben erst seit 1 bis 6 Jahren im Lande - vor allem die in den letzten sechs Jahren befristet aufgenommenen Flüchtlinge sowie die in diesen Jahren hier Geborenen. 28,8 % haben mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als 20 Jahren in der Regel einen verfestigten Aufenthaltsstatus erworben und repräsentieren mehrheitlich die erste Migrantengeneration der ehemaligen 'Gastarbeiter' sowie deren nachgeholt und hier geborene Familienmitglieder.

4. Das Altern der Bevölkerung



Altern der Bevölkerung bedeutet, dass der Anteil älterer und sehr alter Menschen an der Bevölkerung steigt bei einem gleichzeitigen Rückgang des Anteils Jüngerer. Parallel dazu altert auch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Dieser Trend besteht seit ca. 100 Jahren, wird sich auch zukünftig fortsetzen und in den kommenden zwei Jahrzehnten an Dynamik gewinnen (Abb. 2 - 4).

Von 100 der Bevölkerung sind gegenwärtig in Deutschland rd. 21 Kinder und Jugendliche, 56 befinden sich im Alter zwischen 20 und 60 Jahren und 23 sind 60 Jahre und älter. Geht man zum Anfang des 20. Jahrhunderts in das Jahr 1910 zurück, findet man eine um ca. 15 Jahre jüngere Bevölkerung (44 % waren jünger als 20 und nur 8 % älter als 60). Prognosen lassen erwarten, dass 2050 über ein Drittel der Bevölkerung 60 Jahre und älter sein wird. Nur 16 % werden dann noch jünger als 20 Jahre sein. Augenscheinlich werden diese Veränderungen im Vergleich der graphischen Darstellungen des Altersaufbaus der Bevölkerung von 1910, 1998 und 2050.

Ursachen des Alterns sind der säkulare Geburtenrückgang, die seit ca. 30 Jahren stabil niedrige Geburtenhäufigkeit sowie die stetige Zunahme der Lebenserwartung. In Zukunft wird sich insbesondere der Gewinn an Lebensjahren bei den über 70-Jährigen auswirken.

Das Altern ist vor allem deshalb irreversibel, da es im heutigen Altersaufbau der Bevölkerung bereits angelegt ist. Hinzu tritt, dass eine weitere Zunahme der Lebenserwartung wahrscheinlich und ein Wiederanstieg der Geburtenhäufigkeit kaum zu erwarten ist. Selbst eine verstärkte Zuwanderung von jungen Menschen nach Deutschland würde das demographische Altern nur verlangsamen.

Die demographische Alterung stellt eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung dar, mit der sich die Politik seit langem konfrontiert sieht. Das Altern der Bevölkerung wird zu einschneidenden Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft führen.

Abb. 2:

Wachsende Dynamik in den kommenden Jahren

Abb. 3:

Ursachen des Alterns

Das Altern ist nicht umkehrbar

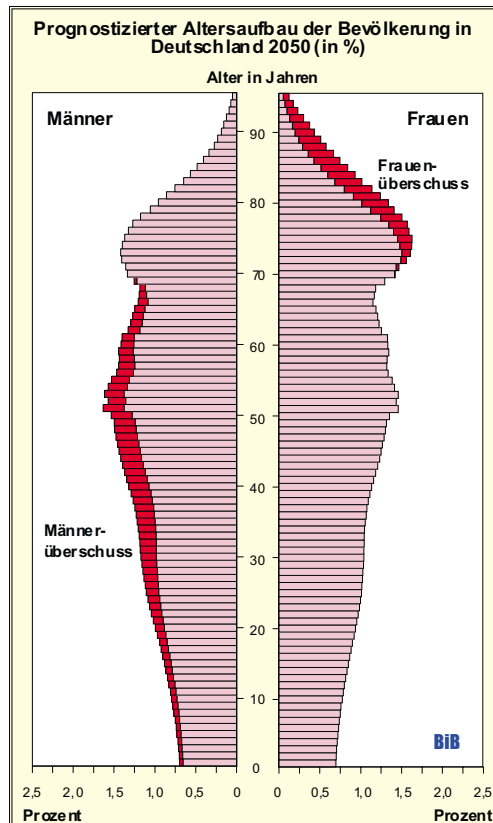
Abb. 4:

Altern als Herausforderung

Die Bewältigung des Alterns der Bevölkerung bedeutet, rechtzeitig und vorausschauend die politischen Reformmaßnahmen zu ergreifen, die auf lange Sicht die Aufrechterhaltung des Generationenvertrags, die Sicherung der Renten-, der Kranken- und der Pflegeversicherung gewährleisten, ohne die kleiner werdenden nachwachsenden Generationen übermäßig zu belasten.

Es wird darauf ankommen, den Wirtschaftsstandort Deutschland auch bei veränderten Altersstrukturen zu gestalten. Zukunftslösungen, die die Situation älter werdender betrieblicher Belegschaften und deren Innovationsfähigkeit berücksichtigen, sind dringend erforderlich.

Letztlich ist zu unterstreichen, dass es für die drohende Finanzierungskrise der sozialen Sicherungssysteme keine demographische Lösung gibt. Nur das Beschreiten des Weges sinnvoller Reformen zur Festigung und Stützung der Generationensolidarität wird aus der sich abzeichnenden Konfliktsituation führen.



Stabiles, aber sehr niedriges Geburtenniveau

Der langfristige Trend

In den letzten 100 Jahren haben sich zwei große Geburtenrückgänge ereignet, die Auslöser und Beschleuniger des Alterns der Bevölkerung waren. Der erste Geburtenrückgang fand um die Jahrhundertwende statt und ließ die Geburtenhäufigkeit von vier bis fünf auf zwei bis drei Kinder je Frau sinken. Der zweite Geburtenrückgang schloss sich an das 'golden age of marriage' der 60er Jahre an (Abb. 5). Seitdem bekommen 1000 Frauen im Durchschnitt nur noch 1400 Kinder. Dieser Geburtenrückgang wird als 'Europe's second demographic transition' bezeichnet, die in Deutschland in ein seit nunmehr ca. 30 Jahren stabil niedriges Geburtenniveau mündete. Die Ursachen dieser Veränderung sind in Individualisierungstendenzen in der Gesellschaft und zunehmend auf Selbstver-

wirklich orientierten Lebensstilen zu sehen. Heiraten und Kinderhaben sind nicht mehr selbstverständliche Merkmale des Biographieverlaufs. Erwerbstätigkeit, berufliche Karrieren oder konsumorientierte Lebensstile werden vielfach dem Leben in einer eigenen Familie vorgezogen, besonders da beide Lebensbereiche nur schwer zu vereinbaren sind. In hohen Kinderkosten ist ein weiterer Faktor zu sehen, der zu Kinderlosigkeit oder zu nur kleinen Familien führt. Mit dem Geburtenrückgang haben sich zwei weitere wesentliche Veränderungen in den Verhaltensmustern vollzogen, die die demographische Situation deutlich prägen: Die Mütter sind bei der Geburt ihrer Kinder immer älter und die Anteile der Frauen, die unfreiwillig und zunehmend freiwillig kinderlos bleiben, steigen schnell an.

5. Kinderhaben oder kinderlos bleiben

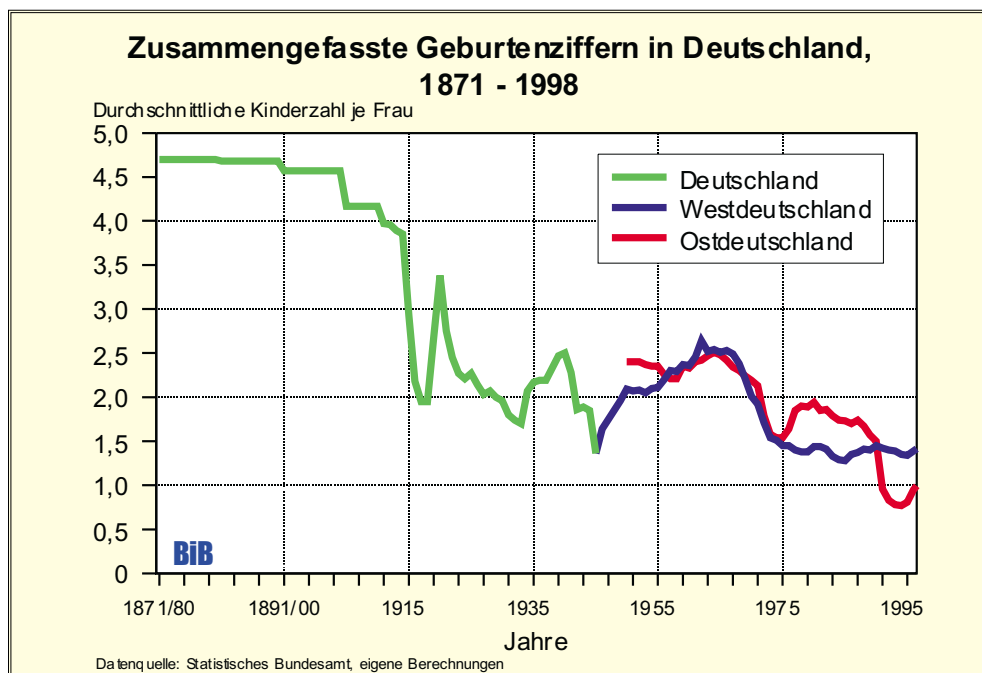


Abb. 5:

Ehe und Geburt der Kinder

Lange Zeit waren ‘Kinderhaben’ und ‘Verheiratetsein’ fest verknüpfte Verhaltensmuster. Für Westdeutschland gilt dies auch heute noch, obwohl sich der Anteil der Kinder, die von nicht verheirateten Frauen geboren werden, allmählich erhöht. Er betrug in Deutschland 15,1 % im Jahr 1991 und 20,0 % 1998. Dahinter verbergen sich allerdings deutliche West-Ost-Unterschiede. 1998 sind in Westdeutschland 15,9 % der Kinder von unverheirateten Müttern geboren worden. In Ostdeutschland waren es dagegen 47,1 %.

Der Kinderwunsch gilt zumindest in Westdeutschland noch heute als wichtiges Motiv für eine Eheschließung. Man heiratet gewöhnlich nur dann, wenn Kinder erwartet werden oder geplant sind. Von der Ehe verspricht man sich im Vergleich zu anderen Lebensformen ein höheres Maß an sozialer Sicherheit.

Altersmuster

Frauen und Männer schieben die Familiengründung immer weiter auf. 1998 waren Frauen bei der Erstheirat in Deutschland im Durchschnitt 27,8 Jahre alt (1991: 26,1 Jahre). Für die Männer betrug das Durchschnittsalter 30,6 Jahre (1991: 28,5 Jahre)

Ihr erstes Kind bekamen die Frauen in einem Alter von 28,7 Jahren (1991: 26,9 Jahre). Die West-Ost-Unterschiede sind nicht mehr stark ausgeprägt. 1998 waren Frauen in Westdeutschland bei der Geburt des ersten Kindes 28,7 Jahre und in Ostdeutschland 27,9 Jahre alt.

Die späten Familiengründungen sind eine der demographischen Ursachen, die zu einer hohen Kinderlosigkeit und einem niedrigen Geburtenniveau beitragen. Die späte Geburt der Kinder muss allerdings nicht zwangsläufig zu einem sehr niedrigen Geburtenniveau führen.

Schwangerschaftsabbrüche

In Deutschland werden zur Zeit pro Jahr etwa 130 Tsd. Schwangerschaften abgebrochen. Die Tendenzen in West- und Ostdeutschland sind gegenläufig. In Westdeutschland hat sich zwischen 1995 und 1997 ein Anstieg von 1066 auf 1446 Abbrüche je 10 000 Lebend- und Totgeborene vollzogen, was auf einen Abbau des Meldedefizits zurückzuführen ist. In

Ostdeutschland fand ein Rückgang auf hohem Niveau von 3171 auf 2728 je 10 000 Lebend- und Totgeborene statt. Altersspezifisch je 100 Schwangerschaften gesehen zeigt sich, dass es die sehr jungen unter 18 Jahre alten und die über 40-jährigen Frauen sind, die Schwangerschaften abbrechen lassen. Bei den älteren - vor allem nichtverheirateten - Frauen spricht man von einem demographischen Stoppverhalten.

Späte
Familiengründung

Anstieg im
Westen,
Rückgang
im Osten

Neue Kinderlosigkeit ist freiwillige Kinderlosigkeit

Neue Kinderlosigkeit

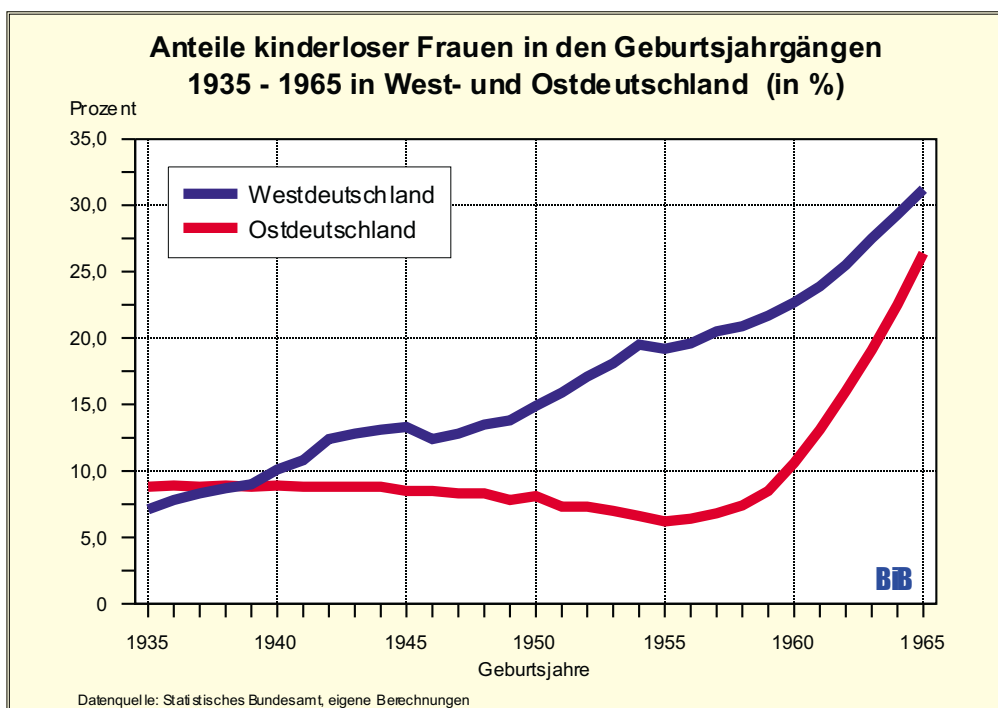
Als kinderlos werden diejenigen bezeichnet, die in ihrem Leben gewollt und ungewollt nicht Mutter bzw. Vater geworden sind. Statistisch gesehen, wird Kinderlosigkeit allerdings nur für Frauen nach Geburtsjahrgängen berechnet.

Auch früher sind Frauen in Kriegs- und Krisenzeiten häufig kinderlos geblieben. Die heutige Kinderlosigkeit wird als neue bezeichnet, da es sich überwiegend um

freiwillige, durch die sozialen Umstände zwar verursachte, aber auf individuellen Entscheidungen beruhende Kinderlosigkeit handelt.

Die Daten zur Kinderlosigkeit müssen in Deutschland geschätzt werden, da die Statistiker nur nach der Lebendgeborenenfolge in der bestehenden Ehe fragen dürfen. Für die unverheirateten Mütter und für frühere Ehen sind daher Schätzungen nötig, die durch das BiB ausgeführt werden.

Abb. 6:



Kinderlosigkeit nimmt zu

Die Kinderlosigkeit ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen und damit zu einem bedeutenden Merkmal der demographischen Situation in Deutschland geworden (Abb. 6).

Der Geburtsjahrgang 1965 in Westdeutschland wird zu ca. 30 % kinderlos bleiben. Die 1950 geborenen Frauen hatten nur zu einem Anteil von 15 % keine Kinder.

In Ostdeutschland war Kinderlosigkeit relativ selten, ist jedoch in den 90er Jahren sprunghaft angestiegen. Die Frauen des Geburtsjahrgangs 1965 werden bereits zu ca. 25 % keine Kinder haben. Kinderlosigkeit ist besonders häufig bei hoch qualifizierten und voll-erwerb-stätigen Frauen anzutreffen. Die Orientierung auf Erwerb-stätigkeit und Karriere führt bei unzureichenden Vereinbarkeitsbedingungen zu Kinderlosigkeit.

Die Norm der späten Eheschließung und der späten Geburt des ersten Kindes trägt zur hohen Kinderlosigkeit bei. Der Weg in die Kinderlosigkeit führt über das wiederholte Hinausschieben der Geburt des ersten Kindes bis zu einem Zeitpunkt, an dem Kinder nicht mehr gewünscht sind oder Schwangerschaften nicht mehr eintreten.

Werden die Anteile kinderloser Frauen weiter ansteigen, dann ist in Deutschland ein erneuter Geburtenrückgang zu befürchten.

Kinderlose sind hinsichtlich ihrer sozialen Sicherung in einer privilegierten Lage. Nicht durch Kinderkosten belastet, ist es wesentlich einfacher, in eine private Altersvorsorge zu investieren als dies für Familien mit nur einem Einkommen möglich ist.

Niedrige Kinderlosigkeit in der ehemaligen DDR

6. Eheschließungen und Scheidungen

Eheschließungen und Ehelösungen

Die Zahl der in Deutschland bestehenden Ehen sinkt aufgrund der niedrigen Heirats- und der hohen Scheidungshäufigkeit. 1998 sind in Deutschland 422,7 Tsd. Ehen geschlossen und 537,5 Tsd. aufgrund von Ehescheidungen bzw. durch

den Tod eines Partners gelöst worden. Ein Überschuss der Ehelösungen über die Eheschließungen besteht bereits seit den 70er Jahren. Der Trend des Rückgangs der Zahl bestehender Ehen hat sich in den 90er Jahren beschleunigt. Der Anteil der Ehescheidungen an den Ehelösungen betrug 1998 35,8 % - Tendenz steigend.

Heiratshäufigkeit

Parallel zum Geburtenrückgang in den 70er Jahren ist auch eine Verringerung der Heiratsneigung in Westdeutschland eingetreten. Seit dem Beginn der 80er Jahre besteht ein sehr niedriges Niveau. Für 73 % der 1998 geborenen Frauen und 65 % der Männer ist zu erwarten, dass sie später zumindest einmal in ihrem Leben heiraten, wenn die Erstheiratsneigung auch weiterhin auf dem gegenwärtigen Niveau verbleibt. Zu Beginn der 80er Jahre waren das noch 84 % bei den Frauen und 76 % bei den Männern.

Im Osten bestand das hohe Niveau der Heiratshäufigkeit fort, ist nach 1990 deutlich gesunken und steigt nur allmählich wieder an. Die spätere Heiratsersparnis des Jahres 1980 betrug für Mädchen 92 % und für Jungen 88 %. Die Veränderungen nach 1990 werden durch die Werte für 1998 (Mädchen: 55 %, Jungen: 68 %) dokumentiert.

Neben den Ledigen haben auch die Geschiedenen ihre Heiratsneigung verringert. 1998 haben von 100 Geschiedenen 55 % der Männer und 61 % der Frauen erneut geheiratet.

Ehescheidungen

Seit in Deutschland Ehescheidungen registriert werden, ist die Scheidungshäufigkeit im Trend angestiegen. Diese Tendenz wurde im Wesentlichen nur durch Änderungen des Scheidungsrechts in Westdeutschland 1976/77 und in Ostdeutschland 1991 unterbrochen.

In Deutschland wurden 1998, berechnet bis zu einer Ehedauer von 25 Jahren, 36,2 % aller Ehen geschieden - in Westdeutschland 37,9 % und in Ostdeutschland 29,4 %.

In den 90er Jahren hat in Westdeutschland die Scheidungsneigung wieder zu steigen begonnen (Abb. 7). Ergebnis ist, dass Westdeutschland zu der Ländergruppe mit den höchsten Scheidungsziffern in Europa gehört.

Für Ostdeutschland ist ein schneller Wiederanstieg nach deutlichen Einbrüchen zu Beginn der 90er Jahre (Einführung des Trennungsjahres) charakteristisch. Im Gegensatz zur Geburten- und Heiratshäufigkeit zeichnet sich bei den Ehescheidungen eine schnellere Wiederingleichung an die Situation in Westdeutsch-

land ab, nachdem bereits in den 80er Jahren die Scheidungsziffern sehr hohe Werte erreichten.

Ehen unterliegen in den ersten Jahren nach der Heirat einem besonderen Scheidungsrisiko. 1998 wurden in Westdeutschland die meisten Ehen im sechsten und in Ostdeutschland im siebten Ehejahr geschieden. An der Zunahme der Scheidungshäufigkeit sind aber nicht nur die jungen Ehen, sondern auch die schon länger als 20 Jahre bestehenden beteiligt.

Zu ca. 56 % aller geschiedenen Ehen gehören Kinder. 1998 waren 159 298 Kinder von der Trennung ihrer Eltern betroffen. Ihre Anzahl und ihr Anteil steigen aufgrund der Zunahme später Ehescheidungen.

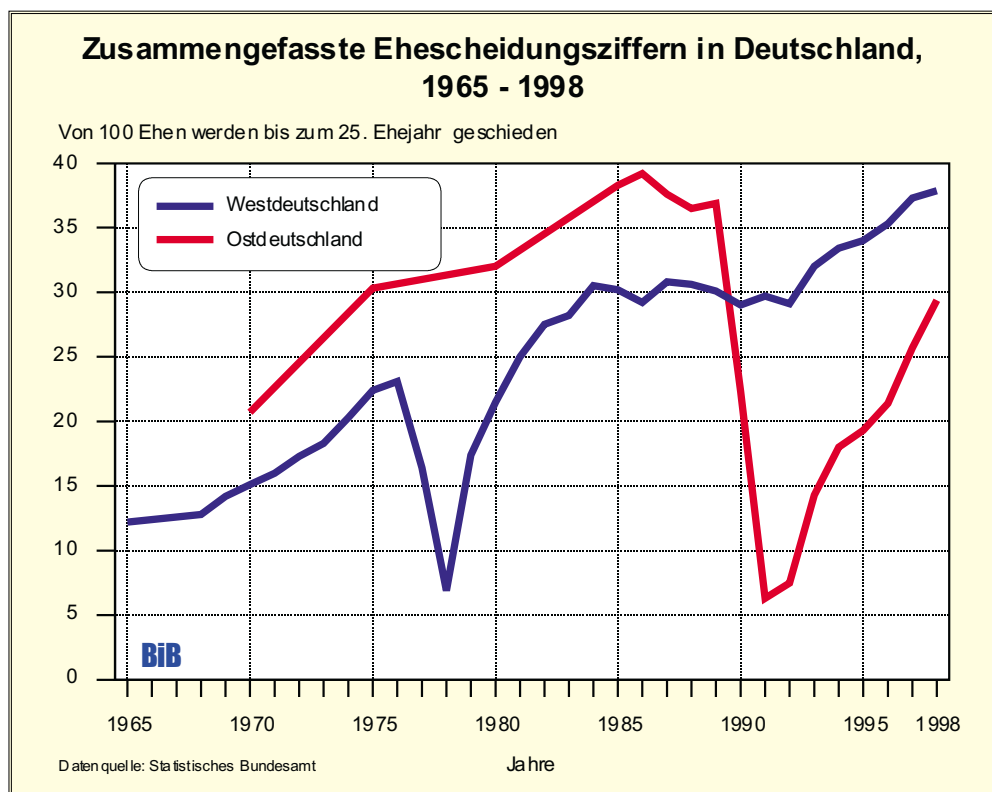
In der soziologischen Forschung werden als Scheidungsgründe immer wieder die fehlenden Zukunftsperspektiven, unterschiedliche Lebenseinstellungen und -ziele, Einfühlungs- und Kommunikationsprobleme sowie eine zunehmende Leere und Routine in der Beziehung und gegenseitige Einengung ermittelt.

Die Zahl der Ehen geht zurück

Stabil niedriges Niveau

Erneuter Anstieg in den 90er Jahren

Abb. 7:



7. Der Wandel in den Formen des Zusammenlebens

Polarisierung statt Pluralisierung

Der Wandel in den Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens (Lebensformen) ist ein Teil des Individualisierungs- und Säkularisierungstrends in modernen Gesellschaften.

Die Veränderungen in den Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens, die eindeutiger in Westdeutschland beobachtet werden und deshalb hier dargestellt sind, werden mit den Begriffen der Polarisierung und Individualisierung bei einer Umschichtung zugunsten nichtehelicher Lebensformen beschrieben.

Polarisierenden Charakter trägt die Kinderlosigkeit. Die mit Kindern leben, bilden den Familiensektor (Ehepaare mit Kindern, nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern, Alleinerziehende). Zum Nicht-Familiensektor gehören die kinderlosen Lebensformen (kinderlose Ehepaare, nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder, Living Apart To-

gether, Alleinlebende). Die Größenordnung zwischen beiden Gruppen beträgt ca. 1/3 (Nicht-Familiensektor) zu 2/3 (Familiensektor). Die Zunahme des Anteils kinderloser Frauen führt zu einer Vergrößerung des Nichtfamiliensektors.

In der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen sind 48,5 % der Bevölkerung verheiratet und haben Kinder (Tab. 2). Die zweithäufigste Lebensform sind die ledigen Alleinlebenden mit einem Anteil von 15,2 %. Verheiratet und kinderlos sind 12,2 %.

Unter den 35- bis 44-Jährigen beträgt der Anteil der Verheirateten mit Kind(ern) sogar 61,8 %; 11,0 % sind verheiratet, haben aber keine Kinder. Die drittgrößte Gruppe sind die alleinlebenden Ledigen (8,4 %) gefolgt von den Alleinerziehenden (4,9 %). Die Lebensform 'Alleinerziehend' ist selten dauerhaft angelegt.

Tab. 2:

Private Lebensformen der Bevölkerung im Alter von 25 bis 44 Jahren in Westdeutschland (Anteile in %)				
Lebensformen		Altersgruppe		
		25 - 29 J.	30 - 34 J.	35 - 44 J.
Ledige Kinder bei Eltern(teil)		19,9	7,3	2,9
Alleinlebende	ledig	21,6	15,2	8,4
Alleinlebende	nicht mehr ledig	1,5	2,7	4,3
Verheiratet	ohne Kinder	12,5	12,2	11,0
NLG*	ohne Kinder	12,3	6,8	3,4
Verheiratet	mit Kind(ern)	25,8	48,5	61,8
NLG*	mit Kind(ern)	1,8	2,2	2,0
Alleinerziehende		2,4	3,6	4,9
Sonstige		2,1	1,5	1,2
Insgesamt		100,0	100,0	100,0

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus * Nichteheliche Lebensgemeinschaften

Der Anteil individualisierter Lebensformen ist noch relativ niedrig, da die Verheirateten mit Kindern die Struktur der Lebensformen dominieren. Ein Trend zur Zunahme der Anzahl der Alleinlebenden ist jedoch zu beobachten. Allein zwischen 1994 und 1996 ist der Anteil der Alleinlebenden unter den 30- bis 34-Jährigen von 16,2 % auf 17,9 % gestiegen. Das ist sowohl auf den Anstieg der Durchschnittsalter bei Heirat und Geburt als auch auf die gesunkene Geburten- und Heiratsneigung zurückzuführen.

Die Vielfalt der Lebensformen ist relativ begrenzt. ¾ der Bevölkerung im Alter von 30 - 34 Jahren leben in den drei wichtigsten Lebensformen (Verheiratet mit Kindern, Alleinlebend/Ledig, Verheiratet ohne Kinder). Bei den 35- bis 44-Jährigen

sind es sogar 81 %. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt also in einigen wenigen Lebensformen. Daher bildet der Begriff der Polarisierung der Lebensformen die gegenwärtige Situation besser ab als der Begriff der Pluralisierung.

Die Meinungen der Bevölkerungs- und Familienforscher über die Richtung des zukünftigen Wandels in den Lebensformen gehen auseinander. Das Spektrum der Auffassungen liegt zwischen dem Konzept einer umfassenden Individualisierung und Pluralisierung der Lebensformen und der institutionellen Stärkung der auf Ehe aufbauenden Familie aufgrund ihrer Bedeutung für das Aufwachsen und die Erziehung der Kinder.

Verheiratetsein ist die häufigste Lebensform geblieben

8. Wie alt werden wir?

Ein individuell erreichtes Lebensalter von 90 oder gar 100 und mehr Jahren ist heutzutage keine Seltenheit mehr. Aber auch bereits vor einem Jahrhundert und früher war die Erreichbarkeit dieses Alters gegeben. Immerhin weist die Sterbetafel von 1891/1900 des Kaiserlichen

Statistischen Amtes für 90-jährige Männer eine durchschnittliche fernere Lebenserwartung von 2,23 Jahren aus. Allerdings war die Wahrscheinlichkeit für einen in dieser Zeit geborenen Knaben, dieses Alters unter damals gegebenen Umständen auch zu erreichen, gerade einmal 0,5 %.

Früher geringe Chancen auf ein hohes Lebensalter

Lebenserwartung steigt

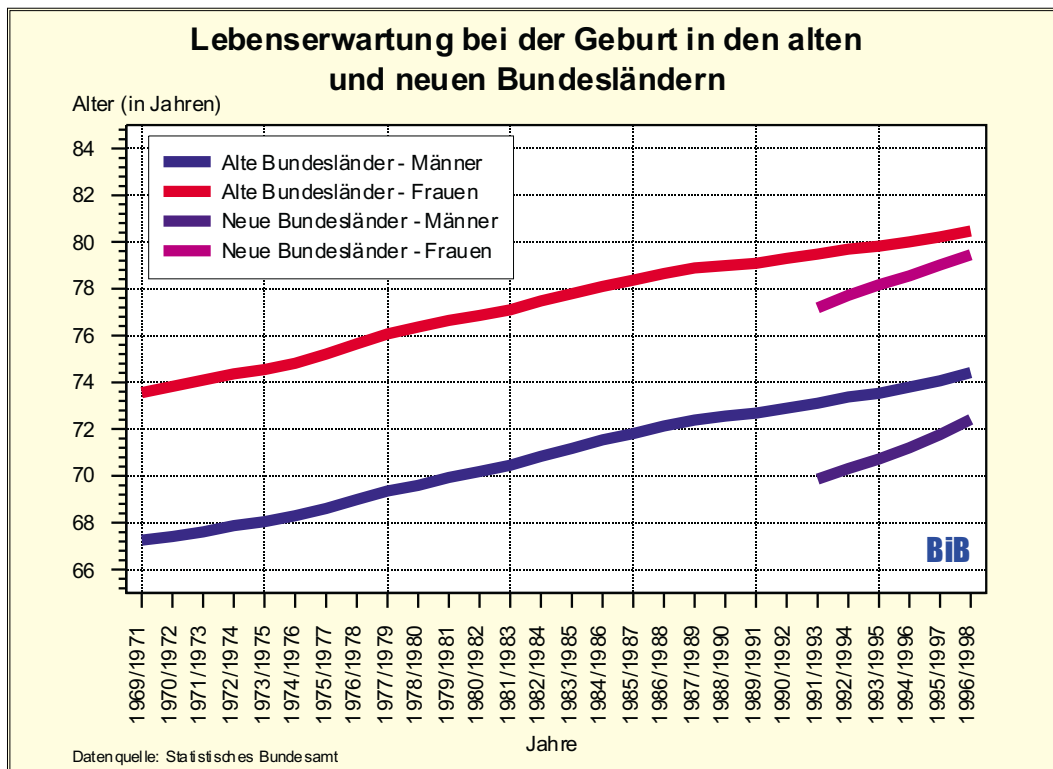
Rund hundert Jahre später, nach der neuesten Sterbetafel des Statistischen Bundesamtes von 1996/98, scheint die fernere Lebenserwartung für einen derzeit 90-jährigen Mann in Deutschland vergleichsweise gering auf 3,82 Jahre gestiegen zu sein. Deutlich erhöht hat sich hingegen die Wahrscheinlichkeit für Neugeborene, unter den heutigen Bedingungen das Alter von 90 Jahren zu erreichen, nämlich auf immerhin 9,2 %. Dies bedeutet aber auch eine Erhöhung der Überlebenswahrscheinlichkeiten in den darunter liegenden Altersjahren und somit für mehr Menschen eine Erhöhung ihrer durchschnittlichen Lebensspanne. Ein zusammengefasstes Maß hierfür, d.h. der für jedes Lebensalter geltenden Ster-

berisiken, bietet die durchschnittliche Lebenserwartung Neugeborener.

Diese beträgt in der Bundesrepublik Deutschland derzeit 74,04 Jahre für Männer und 80,27 Jahre für Frauen; 74,42 bzw. 80,46 Jahre in den alten und 72,41 bzw. 79,45 in den neuen Bundesländern. Die Lebenserwartung in den neuen Bundesländern ist zwar niedriger als in den alten, nähert sich dieser aber recht schnell an.

Betrachtet man in Abbildung 8 die Entwicklung der Lebenserwartung bei der Geburt im Verlauf der letzten knapp 30 Jahre, so ist ein kontinuierlicher Anstieg zu erkennen. Trotzdem ist dieser Wert allein betrachtet noch nicht geeignet, die eingangs gestellte Frage, wie alt wir werden, zu beantworten.

Abb. 8:



Einfluss der Säuglingssterblichkeit sinkt

Noch zu Beginn des dargestellten Zeitraums war die Säuglingssterblichkeit so hoch, dass sie die Lebenserwartung bei der Geburt entscheidend mitprägte. Dies bedeutete z.B. zu Beginn der 70er Jahre für einen 1-Jährigen noch eine um mehr als ein halbes Jahr höhere Lebenserwartung als für einen Neugeborenen. Dies änderte sich zu Beginn der 80er Jahre und seither ist die Lebenserwartung bei der

Geburt auch die tatsächlich höchste fernere Lebenserwartung.

Aber nicht nur das Risiko, im Säuglingsalter zu sterben, konnte in den letzten Jahrzehnten drastisch verringert werden, auch in den anderen Altersbereichen sank die Sterblichkeit, und immer mehr Menschen erhielten die Chance, ein höheres Lebensalter zu erreichen; das durchschnittliche Sterbealter steigt und somit auch die 'Lebensdauer'.

Über den in der Demographie verwendeten Begriff der ‘wahrscheinlichen Lebensdauer’, mit dem das Alter angezeigt wird, in welchem 50 % eines Ausgangsbestandes gestorben sind, kommt man der Frage, wie alt wir werden, sicher näher. Abbildung 9 zeigt im Vergleich die Entwicklung der Lebenserwartung bei der Geburt und die wahrscheinliche Lebensdauer anhand der Sterbetafeln der letzten Jahre.

Die wahrscheinliche Lebensdauer liegt derzeit bei Männern (76,92 Jahre) wie bei Frauen (83,15) um knapp drei Jahre über der Lebenserwartung bei der Geburt. Bei

den Werten haben sich im Verlauf der letzten Jahre kontinuierlich erhöht, die Lebenserwartung allerdings ein wenig stärker. Dies scheint auf eine ganz allmähliche Annäherung der Lebenserwartung bei der Geburt an den derzeit beobachteten Wert der wahrscheinlichen Lebensdauer hinzudeuten.

Für die Männer vor hundert Jahren betrug die wahrscheinliche Lebensdauer noch 55,16 Jahre, entsprach damit genau der fernerer Lebenserwartung eines 1-Jährigen und war um 14,5 Jahre höher als die Lebenserwartung bei der Geburt.

Mittleres Sterbealter steigt

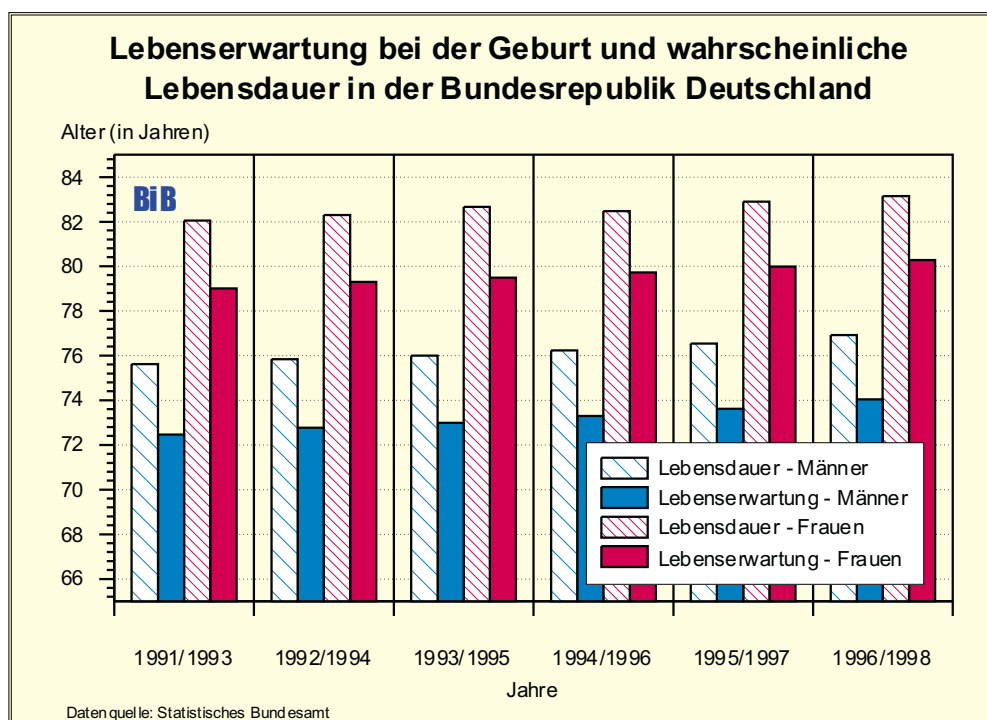


Abb. 9:

9. Migration - Minderheiten - Integration

Im Jahre 1955 warb die Bundesrepublik Deutschland erstmals um Zuwanderer, damals um italienische Arbeitnehmer für die deutsche Landwirtschaft. Herkunftsländer, Wanderungsmotive und Politiken haben seitdem ständige Änderungen erfahren - geblieben ist die Attraktivität Deutschlands als Ziel für mehr als 30 Millionen deutsche und ausländische Migranten, die seitdem in das frühere wie jetzige Bundesgebiet zugezogen sind. Zwar haben nahezu 22 Millionen von ih-

nen Deutschland wieder verlassen, fast 9 Millionen sind jedoch hier geblieben, haben gearbeitet, Familien gegründet, Kinder großgezogen, sind dabei älter geworden und zum Teil bereits gestorben. 6,5 Millionen von den hier gebliebenen hatten eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit.

Damit war Deutschland ein Einwanderungsland neuen Typs geworden, kein klassisches Einwanderungsland im rechtlichen Sinne, aber eines, dessen ge-

Deutschland - ein Einwanderungsland neuen Typs

Die aktuelle Situation

Asyl und Integrationsprobleme

sellschaftliche und kulturelle Überformung durch internationale Migration seit vierzig Jahren entweder in eine Neudefinition der deutschen Identität oder in die kulturelle Pluralisierung der Gesellschaft münden wird. Welches das Ergebnis am Ende dieses Prozesses sein wird, hängt nicht zuletzt von heutigen politischen Entscheidungen ab.

Der letzte Höhepunkt der Ausländermigration wurde im Jahr 1992 erreicht, als bei über 1,2 Mio. Zuzügen und über 600 Tsd. Fortzügen ein Saldo von nahezu 600 Tsd. Personen registriert wurde (Tab. 3). Allgemein waren die neunziger Jahre von der Flüchtlingsmigration geprägt und von Bemühungen, dem 'Asylmissbrauch' mit Grundgesetzänderungen und anderen rechtlichen Maßnahmen zu begegnen. Inwieweit diese Maßnahmen gegriffen haben oder andere Ursachen für die Verringerung der Zuzugszahlen verantwortlich sind, ist unbekannt. Immerhin kamen 1998 in das Bundesgebiet nur noch gut 606 Tsd. Ausländer, woraus sich bei 639 Tsd. Fortzügen ein negativer Wanderungssaldo der Ausländer von 33 Tsd. Personen errechnet. Allerdings ist dieser Wanderungsverlust ausschließlich mit der Rückführung von 97 Tsd. bosnischen Flüchtlingen zu erklären. Deshalb ist in Zukunft generell, vor allem angesichts der bevorstehenden EU-Osterweiterung, mit anhaltend positiven Nettowanderungen zu rechnen.

Wie schnell Wanderungsströme, in deren weltumspannendes Netz mit Europa auch Deutschland eingeschlossen ist, sich verlagern, anschwellen oder versiegen können, zeigt sich an den Migrationsbewegungen des letzten Jahrzehnts, die vor allem von Kriegen, politischen

und gesellschaftlichen Umbrüchen sowie von ökonomischen Krisen bestimmt wurden. Indikatoren hierfür sind die registrierten Flüchtlinge, die in der Regel als Asylbewerber um Schutz und Aufnahme im Bundesgebiet nachsuchten. Das Hauptkontingent stellten im Jahr 1998 Asylbewerber aus der BR Jugoslawien (35 Tsd.), gefolgt von Bewerbern aus der Türkei (11,8 Tsd.), dem Irak (7,4 Tsd.), Afghanistan (3,8 Tsd.), Vietnam und dem Irak (je 3 Tsd.).

Nicht übersehen darf man die Integrationsprobleme, die es nach wie vor im Zusammenhang mit der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer aus den Jahren bis 1973 gibt. Zwar kann die so genannte erste Generation, also die Männer und Frauen, die als 'Gastarbeiter' nach Deutschland gekommen waren und hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben, als integriert in die deutsche Gesellschaft gelten. Ihre Kinder und Enkel dagegen, die zum großen Teil in Deutschland geboren wurden, scheinen sich aufgrund von Benachteiligungen und Diskriminierungserfahrungen häufig in einer Opferrolle zu sehen, sind deshalb Integrationsbemühungen und -angeboten weniger zugänglich und sind empfänglich für ethnisch-fundamentalistische Strömungen, die sich als Alternative zur Kultur der europäischen Aufnahmeländer anbieten. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung führt zum Problem der Integration der nachfolgenden Ausländergenerationen zur Zeit eine empirische Untersuchung durch, von deren Ergebnissen Hinweise für eine Verbesserung der Situation der jungen Ausländer in Deutschland erwartet werden.

Tab . 3:

Wanderungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland* und dem Ausland			
Jahr	Zuzüge	Fortzüge	Bilanz
1970	1 042 760	495 675	+ 547 085
1980	736 362	439 571	+ 296 791
1990	1 256 250	574 378	+ 681 872
1992	1 502 198	720 127	+ 782 071
1995	1 096 048	698 113	+ 397 935
1998	802 456	755 358	+ 47 098

Datenquelle: Statistisches Bundesamt * bis 1990 früheres Bundesgebiet

10. Die Weltbevölkerung wächst weiter

Seit dem 12. Oktober 1999 leben mehr als 6 Mrd. Menschen auf der Erde, und die Bevölkerungswachstumsrate ist weiterhin positiv. Das starke Wachstum der Weltbevölkerung ist ein relativ junges Phänomen, denn jahrtausendlang nahm die Zahl der Menschen nur sehr gering zu. Die gesamte Menschheitsgeschichte bis zum Jahr 1804 dauerte es, bis eine Mrd. Menschen auf der Erde lebten. Dann beschleunigte sich das Wachstum; die zweite Mrd. wurde um 1926 nach nur

etwa 123 Jahren erreicht, die dritte Mrd. 1960 (nach 33 Jahren) und die nächsten drei Mrd. kamen in nur knapp 40 weiteren Jahren hinzu. Ursächlich waren die Fortschritte in Wissenschaft und Forschung, insbesondere in der Medizin und der Landwirtschaft, die die Überlebenschancen der Menschen erhöhten. Im 21. Jahrhundert verlangsamt sich infolge des weltweiten Geburtenrückgangs das Weltbevölkerungswachstum.

Stärkstes Bevölkerungswachstum in der Menschheitsgeschichte

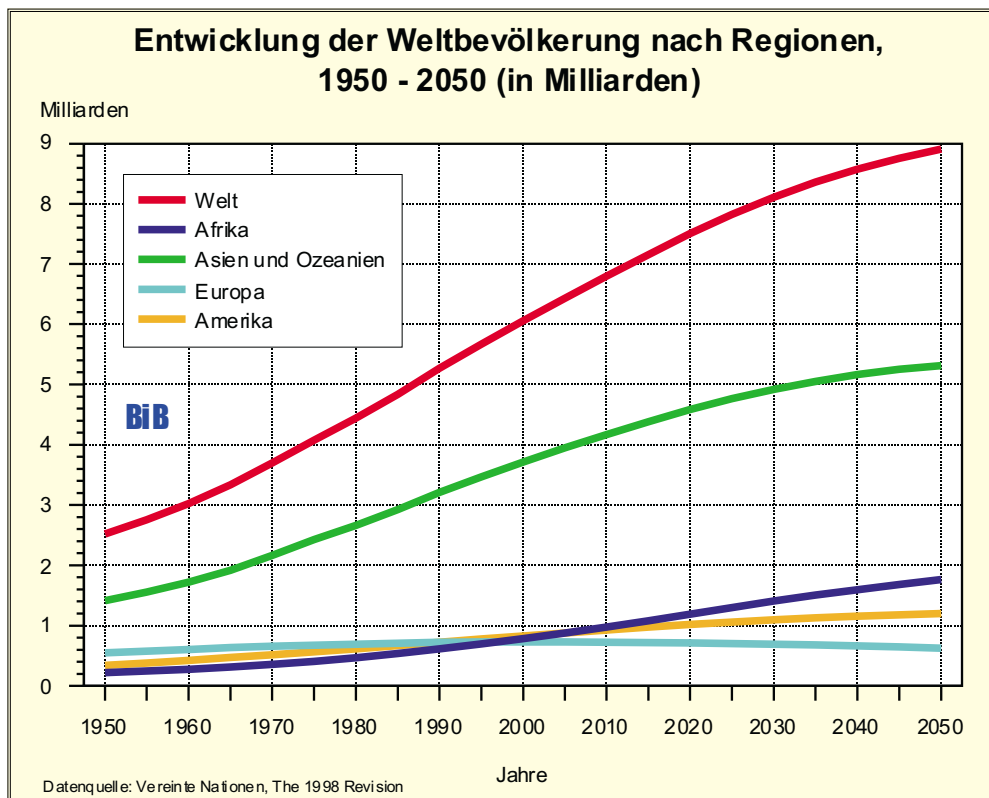


Abb. 10:

Dieses Bevölkerungswachstum von zur Zeit knapp 80 Mio. Menschen jährlich vollzieht sich auf der Erde aber nicht gleichmäßig. Bevölkerungsreiche Länder bzw. Kontinente wie Asien haben auch in absoluten Zahlen den größten Bevölkerungszuwachs, in den wirtschaftlich und gesellschaftlich wenig entwickelten Ländern (z.B. die schwarzafrikanischen Länder südlich der Sahara) liegen die größten Wachstumsraten vor.

Abb. 10 zeigt die Bevölkerungsentwicklung nach Kontinenten von 1950 bis 2050.

Das Wachstum der Weltbevölkerung hängt ab von dem Geburtenniveau und den Sterblichkeitsverhältnissen. In den Industrieländern ist seit über 100 Jahren ein Rückgang der durchschnittlichen Lebendgeborenenzahl und ein Ansteigen der Lebenserwartung beobachtbar.

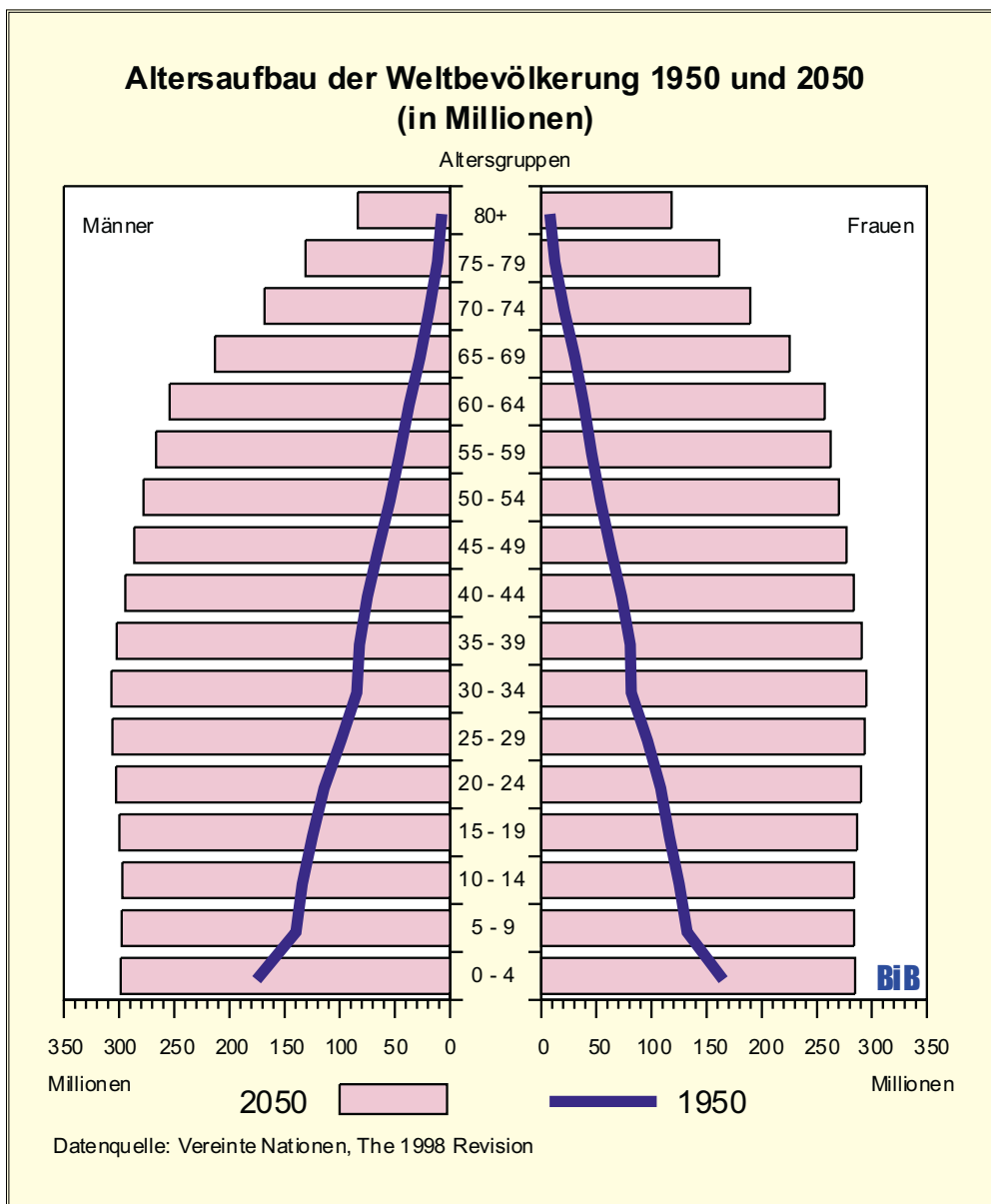
Höchste Wachstumsraten in Afrika

Der 'demographische Schwung'

Die Entwicklungsländer holen diese Entwicklung nach, wobei der grundsätzlich früher einsetzende Sterblichkeitsrückgang, verbunden mit anfänglich noch hohen durchschnittlichen Geborenenzahlen, das Bevölkerungswachstum bewirkt. Seit den 70er/80er Jahren sinkt das Geburtenniveau in fast allen Entwicklungsländern. Der Vergleich des Altersaufbaus der Weltbevölkerung 1950 mit 2050 (Abb. 11) zeigt zum einen den enormen Zuwachs der absoluten Zahlen, zum anderen die Veränderung der Altersstruktur von einer Pyramiden- zur Glockenform. Asien bzw. die Entwicklungsländer insgesamt prägen den Altersaufbau der

Weltbevölkerung durch die große Zahl von Menschen, die in diesen Ländern leben. Starke/schwache Elternjahrgänge führen wiederum zu starken/ schwachen Kinderjahrgängen, wenn sie ins heiratsfähige Alter kommen. Damit wird selbst bei rückläufigen durchschnittlichen Geborenenzahlen für die nächsten Jahrzehnte das Wachstum (demographischer Schwung) fortgesetzt. Im Jahr 2050 werden - bei deutlichem Abflachen des Wachstums - somit etwa 9 Mrd. Menschen auf der Welt leben. Nach Meinung von Welternährungsexperten würde sich auch eine so große Zahl von Menschen ernähren lassen, wenn die Verteilung der Nahrungsmittel gleichmäßiger als heute wäre.

Abb. 11:



Für die meisten politischen Entscheidungen ist die Struktur der Bevölkerung aber wichtiger als die absolute Zahl der Menschen. So macht ein hoher Kinderanteil hohe Bildungsinvestitionen erforderlich, während ein hoher Anteil alter Menschen entsprechende Investitionen in Alterssicherungs- und Pflegesysteme erzwingt. In der Altersstruktur unterscheiden sich die Industrieländer ganz wesentlich von den Entwicklungsländern; dennoch haben fast alle Länder mit dem Altern ihrer

Bevölkerungen die gleichen Probleme zu bewältigen. In den Industrieländern ist die Alterung der Bevölkerung: die sich beschreiben lässt als Zunahme des Durchschnittsalters, schon weit fortgeschritten, in den Entwicklungsländern setzt diese Entwicklung zwar später ein, verläuft dann aber - bedingt durch einen in kurzer Zeit nachholenden Wandel der Geburten- und der Sterblichkeitsverhältnisse - um so schneller, wie Abbildung 12 zeigt.

Alterung ist ein weltweiter Prozess

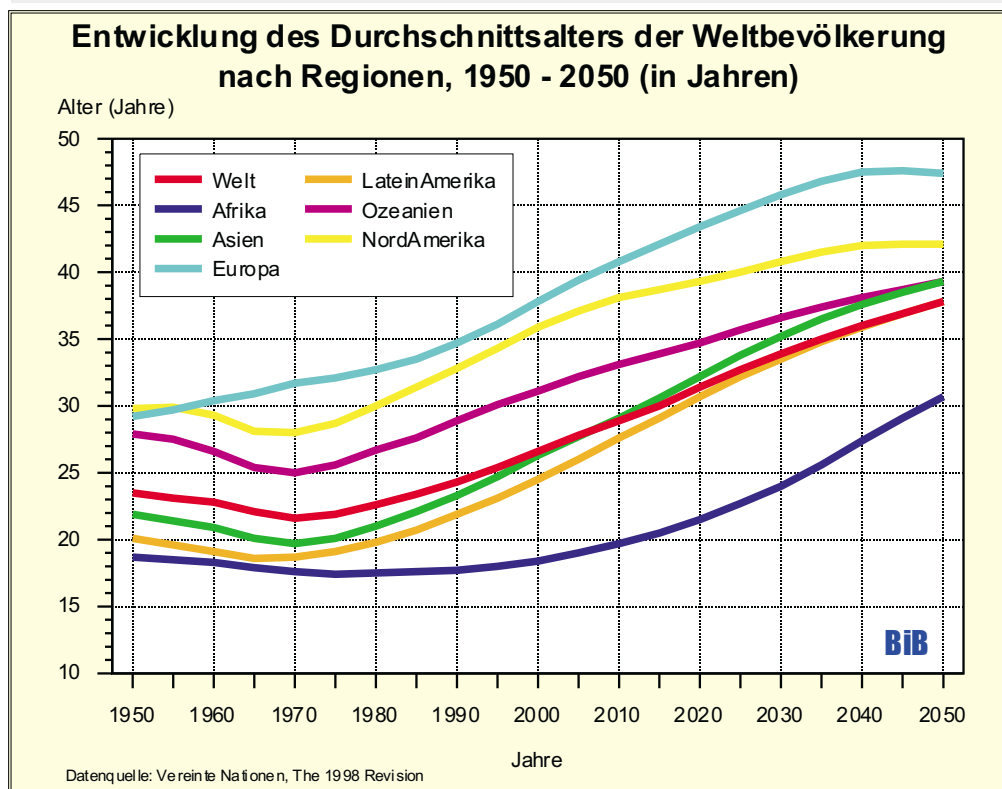


Abb. 12:

11. Was ist seit 1990 passiert? - Die West-Ost-Unterschiede

Mit dem Ende der ehemaligen DDR traten drastische Veränderungen in den demographischen Verhaltensmustern, auch als 'demographic shocks' bezeichnet, ein. Bereits 1989 hatte eine neue Fluchtwelle von Ost nach West eingesetzt. Nach 1990 sind dann die Geburten-, Heirats- und Scheidungshäufigkeit auf ein außerordentlich niedriges Niveau gesunken und auch der Anstiegstrend der Lebenserwartung schwächte sich ab.

Relativ schnell bis 1994 hatten sich die negativen Wanderungssalden der neuen Bundesländer ausgeglichen. Gegenwärtig ziehen pro Jahr nur noch 10 Tsd. Menschen mehr von Ost nach West als von West nach Ost. Für die übrigen demographischen Ereignisse ist die vielfach angenommene schnelle Normalisierung ausgeblieben. Stattdessen hat eine differenzierte Entwicklung eingesetzt (Abb. 13).

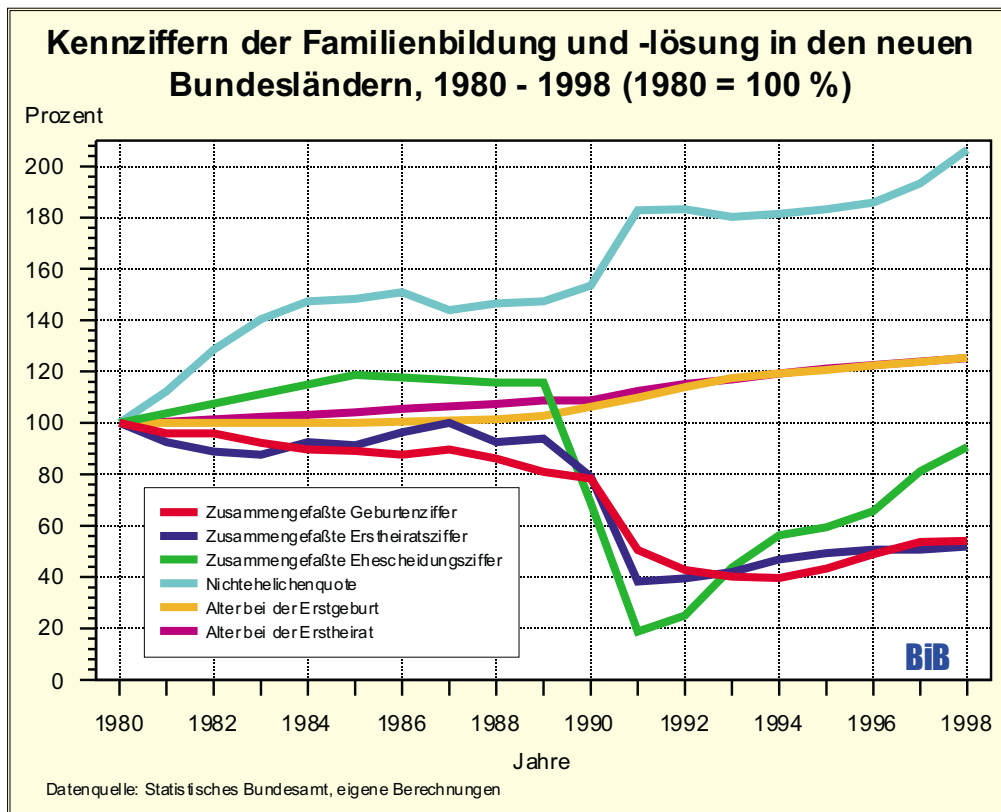
Demographic shocks

Keine einfache Annäherung an den Westen

Deutliche Annäherungstrends an die westdeutsche Situation zeigen die Lebenserwartung und die Scheidungshäufigkeit. Insbesondere die Scheidungshäufigkeit ist im Begriff, nachdem sie durch die Umstellung des Scheidungsrechtes (Einführung des Trennungsjahres) von einem sehr hohen auf ein sehr niedriges Niveau gesunken war, wieder auf den alten und damit gegenwärtigen westdeutschen Stand zu steigen.

Im Rahmen der Familienbildung finden sich neben schnell und langsam verlaufenden Annäherungstrends auch das Fortbestehen typischer DDR-Muster (Nichtehelichenquote), wie Abbildung 13 zeigt. Was die Heirats- und Geburtenhäufigkeit betrifft, verläuft der Wiederanstieg deutlich langsamer als erwartet. Das ist darin begründet, dass Geburten nicht nachgeholt werden und gleichzeitig die Familiengründungen später erfolgen.

Abb. 13:



Geburtenzahlen steigen langsamer als erwartet

Sehr schnell hat sich dagegen das Verhaltensmuster 'frühe Eheschließung und Geburt der Kinder' gewandelt. Auch in den neuen Bundesländern wird die Mehrheit der Kinder zwischen dem 25. und 30. Lebensjahr der Mütter geboren. Die niedrige Geburtenhäufigkeit in den neuen Bundesländern ist mit wachsenden Anteilen kinderloser Frauen verknüpft. Hier scheint es eine rasche Annäherung an die hohen Kinderlosenanteile in Westdeutschland zu geben. Nicht verändert hat sich der hohe Anteil an Kindern, die von nicht verheirateten Müttern geboren werden. Dieser Anteil war bereits in der ehemaligen DDR sehr hoch und ist nach 1990 nochmals ange-

stiegen. Das ist aus der Tatsache zu erklären, dass die Verheirateten ihre Geburtenzahlen stärker als die Unverheirateten verringert haben. Der Geburtenrückgang und der allmähliche Wiederanstieg sind aus dem schnellen sozialen Wandel, dem man Stabilität in den privaten Lebensumständen entgegengesetzte, aus der gesunkenen Attraktivität von Ehe und Familie im Kontext eines breiter gewordenen Spektrums an Handlungsangeboten, aus der Befürchtung wachsender sozialer Unsicherheiten und aus zunehmenden Individualisierungstendenzen zu erklären.

12. Die Veröffentlichungen des BiB 1996 - 1999

Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

Band 30

Juliane Roloff/Jürgen Dorbritz (Hrsg.)

Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre

- Demographische Trends, individuelle Einstellungen und sozio-ökonomische Bedingungen

Ergebnisse des Deutschen Family and Fertility Survey

1999

Band 29

Evelyn Grünheid/Charlotte Höhn (Hrsg.)

Demographische Alterung und Wirtschaftswachstum

Seminar des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung 1998 in Bingen

1998

Band 28

Charlotte Höhn

Demographische Trends, Bevölkerungswissenschaft und Politikberatung

Aus der Arbeit des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), 1973 bis 1998

Band 27

Robert Herter-Eschweiler

Die langfristige Geburtenentwicklung in Deutschland

Der Versuch einer Integration bestehender Erklärungsansätze zum generativen Verhalten

Band 26

Gert Hullen

Lebensverläufe in West- und Ostdeutschland

Längsschnittanalysen des deutschen Family and Fertility Surveys

Band 25

Ulrich Mammey/Rolf Schiener

Die Eingliederung der Aussiedler in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland

Band 24

Jürgen Dorbritz/Beat Fux (Hrsg.)

Einstellungen zur Familienpolitik in Europa

Ergebnisse eines vergleichenden Surveys in den Ländern des "European Comparative Survey on Population Policy Acceptance (PPA)"

1997

Band 23

Reiner Hans Dinkel/Charlotte Höhn/Rembrandt D. Scholz (Hrsg.)

Sterblichkeitsentwicklung - unter besonderer Berücksichtigung des Kohortenansatzes

1996

1999

Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft

Heft 1

Rainer Mackensen:

Theoretische Notizen zum Konzept der Transition

Parviz Khalatbari:

Demographische Transition - der Prozeß der Unterbrechung der Kontinuität in der Bevölkerungsbewegung

Marlene Lohkamp-Himmighofen:

Familienpolitische Maßnahmen bei Mutterschaft und der Erziehung von Kleinkindern in den Mitgliedstaaten der EU, Norwegen und der Schweiz

Ad P. Vossen:

Preferences of young adults regarding their partner's age: Specific patterns and the underlying argumentation

Results from a Dutch survey

Heft 2

Reiner H. Dinkel und Marc Luy:

Natur oder Verhalten?

Ein Beitrag zur Erklärung der männlichen Übersterblichkeit durch einen Vergleich von Kloster- und Allgemeinbevölkerung

Evelyn Grünheid:

Zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland aus demographischer Sicht - historische Betrachtung der letzten Jahrzehnte

Dita Vogel:

Illegaler Aufenthalt in Deutschland - methodische Überlegungen zur Datennutzung und Datenerhebung

Reinhold Sackmann:

Ist ein Ende der Fertilitätskrise in Ostdeutschland absehbar?

Heft 3

Karl Schwarz:

Rückblick auf eine demographische Revolution

Überleben und Sterben, Kinderzahl, Verheiratung, Haushalte und Familien, Bildungsstand und Erwerbstätigkeit der Bevölkerung in Deutschland im 20. Jahrhundert im Spiegel der Bevölkerungsstatistik

Juliane Roloff:

Die Einkommenslage deutscher und ausländischer Ehen mit Kindern in Westdeutschland 1997

Daphne Hahn:

Widerstand, Individualisierung oder Eigensinn?

Der Anstieg der Sterilisationen in den neuen Bundesländern: die Wahrnehmung in den Medien und die Motive von Frauen, sich sterilisieren zu lassen

Regina T. Riphahn:

Die Mortalitätskrise in Ostdeutschland und ihre Reflektion in der Todesursachenstatistik

Heft 4

Reiner Schulz:

Entwicklung von Sterblichkeit und Gesundheit in den Regionen der Welt

Elwood Carlson und Jan M. Hoem:

Das Paradoxon des Überlebens niedriggewichtiger Neugeborener in der Tschechischen Republik

Wolfgang Lauterbach und Kurt Lüscher:

Wer sind die Spätauszieher? Oder: Herkunftsfamilie, Wohnumfeld und die Gründung eines eigenen Haushaltes

Eine empirische Untersuchung über das Alter bei der Haushaltsgründung

Rolf Müller, Thorsten Sommer und Andreas Timm:

Nichteheliche Lebensgemeinschaft oder Ehe?

Einflüsse auf die Wahl der Partnerschaftsform beim ersten Zusammenzug im Lebenslauf

Nataliya Levchuk:

Die demographische Krise in der Ukraine

Heft 1

Bettina Bräuninger, Andreas Lange und Kurt Lüscher:

"Alterslast" und "Krieg zwischen den Generationen"?

- Generationenbeziehungen in aktuellen Sachbuchtexten

Gert Hullen:

Scheidungskinder - oder: Die Transmission des Scheidungsrisikos

Marion Ostermeier und Hans-Peter Blossfeld:

Wohneigentum und Ehescheidung - Eine Längsschnittanalyse über den Einfluß gekauften und geerbten Wohneigentums auf den Prozeß der Ehescheidung

Hans-Joachim Bürkner:

Kleinräumliche Wohnsegregation von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland

Heft 2

Wolfgang Lutz und Sergei Scherbov:

Probabilistische Bevölkerungsprognosen für Deutschland

Arthur E. Imhof:

Historische Demographie II - Eine Antwort auf die Herausforderung durch die neuen medialen Technologien

Thomas Klein:

Entwicklung und Determinanten der bildungsbezogenen Partnerwahl

1998

Christian Babka von Gostomski:
Machen Kinder Ehen glücklich? - Eine empirische Untersuchung mit der Mannheimer Scheidungsstudie zum Einfluß von Kindern auf das Ehescheidungsrisiko

Heft 3

Herwig Birg:
Demographisches Wissen und politische Verantwortung - Überlegungen zur Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert

Jürgen Dorbritz:
Die Berechnung zusammengefaßter Wiederverheiratungsziffern Geschiedener - Probleme, Berechnungsverfahren und Ergebnisse

Tapani Valkonen:
Die Vergrößerung der sozioökonomischen Unterschiede in der Erwachsenenmortalität durch Status und deren Ursachen

Andreas Heigl und Ralf Mai:
Demographische Alterung in den Regionen der EU

Juliane Roloff:
Eheschließungen und Ehescheidungen von und mit Ausländern in Deutschland

Heft 4

25 Jahre Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Jürgen Dorbritz und Karla Gärtner:
Bericht 1998 über die demographische Lage in Deutschland mit dem Teil B 'Ehescheidungen - Trends in Deutschland und im internationalen Vergleich'

Steffen Fleßa:
Many worlds of health: a simulation of the determinants of the epidemiological transition

1997

Heft 1

Dirk J. van de Kaa:
Verankerte Geschichten: Ein halbes Jahrhundert Forschung über die Determinanten der Fertilität - Die Geschichte und Ergebnisse

Elisabeth Beck-Gernsheim:
Geburtenrückgang und Kinderwunsch - die Erfahrung in Ostdeutschland

Juliane Roloff:
Die ausländische und deutsche Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland - ein bevölkerungsstatistischer Vergleich -

Eero Lahelma:
The Health Survey - an instrument for scientists and policy-makers: with special reference to experience from Finland

Jan H. M. Nelissen:
Modelling and forecasting institutional households using microsimulation

Heft 2/3

Charlotte Höhn:

Der Demograph Karl Schwarz - eine Würdigung aus Anlaß seines 80. Geburtstags am Beispiel der Geburtenentwicklung in Deutschland

Rainer Mackensen:

Bevölkerungswissenschaft: Bringing Man Back In

Josef Schmid:

Auf Sand gebaut? - Die Schicksalsgemeinschaft von Generation und Generationenvertrag -

Jürgen Dorbritz:

Der demographische Wandel in Ostdeutschland - Verlauf und Erklärungsansätze

Kurt Lüscher:

Demographische Annäherungen an die "Pluralität familialer Lebensformen"
Ergebnisse einer Sekundäranalyse von Daten der schweizerischen Volkszählung 1990

Max Wingen:

Chancen für die Familienpolitik als Element einer europäischen Gesellschaftspolitik?

Hartmut Wendt:

Zuwanderung und Asyl in Deutschland - vor dem Hintergrund demographischer Entwicklungen

Karl Schwarz:

Bestimmungsgründe der Alterung einer Bevölkerung - Das deutsche Beispiel

Heft 4

Evelyn Grünheid und Ulrich Mammey:

Bericht 1997 über die demographische Lage in Deutschland

Karl Schwarz:

100 Jahre Geburtenentwicklung

Reiner Hans Dinkel:

Sterblichkeitsmessung in den obersten Altersstufen: Die Ergänzung abgekürzter bundesdeutscher Sterbetafeln durch die Methode der Extinct Generations

Reiner Schulz:

Soziodemographische Aspekte der internationalen Wanderungen aus dem mediterranen Raum in die EU

Heft 1

Reiner Schulz:

Der Familienstand als Determinante der Struktur des familialen Hilfs- und Unterstützungsnetzwerks

1996

Hans-Peter Blossfeld, Erik Klijsing, Katharina Pohl und Götz Rohwer:
Modellierung paralleler und interdependenter Prozesse in der Bevölkerungswissenschaft.

Konzepte und Methoden am Beispiel der Heiratsneigung nichtehelicher Lebensgemeinschaften bei Geburt des ersten Kindes

Karl Schwarz:

Die Kinderzahl der Ausländer und ihre Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung in den alten Bundesländern

Werner Holzer und Rainer Münz:

Kinderwunsch in Österreich

Heft 2

Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny:

Partnerschaft - Ehe - Familie

Ulrich Mammey und Rolf Schiener:

Das BiB-Aussiedlerpanel - Methodische Überlegungen zur Repräsentativität

Karl Schwarz:

Ist heiraten noch zeitgemäß? - Analyse der Entwicklung der Heiratshäufigkeit in den alten Bundesländern auf der Grundlage bevölkerungsstatistischer Daten

Charlotte Höhn:

Bevölkerungsvorausrechnungen für die Welt, die EU-Mitglieder und Deutschland

Heft 3

Jürgen Dorbritz und Karl Schwarz:

Kinderlosigkeit in Deutschland - ein Massenphänomen?

Analysen zu Erscheinungsformen und Ursachen

Reiner Schulz:

Die Reziprozität als konstitutives Netzwerkmerkmal

Thomas Klein:

Der Altersunterschied zwischen Ehepartnern - Eine kritische Diskussion familiensoziologischer Theorieansätze

Mike Murphy:

Familienstand und Sterblichkeit: eine epidemiologische Perspektive

Fritz Bedall:

Eine statistische Analyse der Schwangerschaftsabbrüche der Jahre 1977 bis 1988 in der Bundesrepublik Deutschland

Heft 4

Evelyn Grünheid und Reiner Schulz:

Bericht 1996 über die demographische Lage in Deutschland

Karla Gärtner:

Die Entwicklung der Säuglingssterblichkeit in Deutschland und im internationalen Vergleich

Nicholas B. Barkalov und Jürgen Dorbritz:

Die Anwendung verschiedener Verfahren zur Messung periodenspezifischer Familienzuwachswahrscheinlichkeiten am Beispiel Ostdeutschlands

Materialien zur Bevölkerungswissenschaft

Frank Schüller:

Geringfügige Beschäftigungen und Lebensformen - Eine Längsschnittanalyse auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels

Parviz Khalatbari und Johannes Otto (Hrsg.):

200 Jahre Malthus - Aus Anlaß des 200. Jahrestages der Veröffentlichung von: "An Essay on the Principle of Population; as it Affects the Future Improvement of Society with Remarks on the Speculations of Mr. Godwin, M. Condorcet, and other Writers"

Ursula Wittwer-Backofen:

Disparitäten der Alterssterblichkeit im regionalen Vergleich - Biologische versus sozioökonomische Determinanten. Regionale Studie für den Raum Hessen

Hartmut Wendt (Hrsg.):

Zuwanderung nach Deutschland - Prozesse und Herausforderungen. Vorträge auf der 1. Tagung des Arbeitskreises "Migration - Integration - Minderheiten" der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (DGBw), Kiedrich, 8. und 9. Oktober 1998

Charlotte Höhn (Ed.):

"Advising policy-makers in population matters" - Round-table discussion at the occasion of the 25th anniversary of the BiB, Wiesbaden, November 26, 1998

Andreas Heigl:

Einführung in die Demographie am PC

Jürgen Dorbritz und Johannes Otto (Hrsg.):

Demographie und Politik - Ergebnisse der 32. Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (DGBw) - Bonn, 20.-22. April 1998

Vorträge auf den Tagungen des Arbeitskreises "Bevölkerungswissenschaftliche Methoden" der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft 1997

Roland Habich und Regina Berger-Schmitt:

Familienbildung und Kinderwunsch in Deutschland - Familie · Wohlstand · Beruf · Selbstverwirklichung

Wolfgang Glatzer unter Mitarbeit von Heidemarie Stuhler, Annette Mingels und Martina Rösch:

Nichteheliche Lebensgemeinschaften: Eheähnlich oder eher alternativ? - Stand der Forschung in Deutschland 1996/97 -

Stefan Hradil unter Mitarbeit von Wendy Maschke und Christina Schertz:

Lebenssituation, Umwelt und Gesundheit

1999

1998

1997

1996

Daniele Stegmann:

Familienbildung und Kinderwunsch in Deutschland - Lebensverläufe Alleinerziehender in West- und Ostdeutschland

XIT Forschung - Planung - Beratung Prof. Dr. Bernd Halfar & Coll.:

Strukturelle Unterschiede in der Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme in Industrieländern im Hinblick auf ihre Bedeutung für Familien

Walter Kiefl:

Bibliographie zur Integration von Aussiedlern in Deutschland

Iris Peil:

Akzeptanz familienpolitischer Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland - Ein Ost-West-Vergleich

XIT Forschung - Planung - Beratung:

Strukturelle Unterschiede in der Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme in Industrieländern im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Familien:

Aktualisierung und Erweiterung der Untersuchung auf die Absicherung bei Pflegebedürftigkeit

Gert Hullen:

Frauenbiographien - Ergebnisse der retrospektiven Befragung zu Familien- und Erwerbsbiographien 35- bis 60jähriger Frauen

Juliane Roloff:

Familienbildung und Kinderwunsch in Deutschland - Familieneinkommen, Kinderkosten und deren Einfluß auf generative Verhaltensentscheidungen

Sonderhefte der Materialien zur Bevölkerungswissenschaft

1997

Jochen Blaschke:

Migration - Ein Bericht über den Forschungsstand unter besonderer Berücksichtigung internationaler Publikationen zur Arbeitsmigration seit 1991

Juliane Roloff:

Schwangerschaftsabbruch in West- und Ostdeutschland - Analyse seiner Hintergründe, Fakten und Akzeptanz unter besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse des deutschen FFS (Fertility and Family Survey)

Forschungsbericht

Organisationsplan des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

*Geschäftsführende Direktorin
Direktorin und Professorin Dr. Charlotte Höhn*

WISSENSCHAFTLICHE DIENSTLEISTUNGEN

Veröffentlichungen:

- Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft
- Schriftenreihe des BiB
- Materialien zur Bevölkerungswissenschaft
- BiB-Mitteilungen

Schriftleitung: **Dir. u. Prof. Dr. Höhn**
Tel.: 0611 / 752235
E-Mail: bib@statistik-bund.de

Redaktion: **WD Dr. Mammey**
Tel.: 0611 / 752725
E-Mail:
ulrich.mammey@statistik-bund.de

WD Dr. Hullen
Tel.: 0611 / 752363
E-Mail:
gert.hullen@statistik-bund.de

Dokumentation: **ORRn Gärtner**
Tel.: 0611 / 75262
E-Mail:
karla.gaertner@statistik-bund.de

Datenarchiv: **WOR Dr. Dorbritz**
Tel.: 0611 / 752062
E-Mail:
juergen.dorbritz@statistik-bund.de

Öffentlichkeits-
arbeit, Veran-
staltungen **Dir. u. Prof. Dr. Höhn**
Tel.: 0611 / 752235
E-Mail: bib@statistik-bund.de

FORSCHUNG

1. Geburtenhäufigkeit, Heirats- und Scheidungsverhalten,

Familiensoziologie

WOR Dr. Dorbritz

Tel.: 0611 / 752062
E-mail: juergen.dorbritz@statistik-bund.de

2. Mortalität, Morbidität, Bevölkerungsmathematik

ORRn Gärtner

Tel.: 0611 / 752692
E-mail: karla.gaertner@statistik-bund.de

3. Migration, Ausländische Bevölkerung,

Bevölkerungsgeographie

WD Dr. Mammey

Tel.: 0611 / 752725
E-mail: ulrich.mammey@statistik-bund.de

4. Bevölkerungsentwicklung, Haushalte, Familien und Lebensformen; Bevölkerungsökonomie

WRn Dr. Grünheid

Tel.: 0611 / 752727 E-mail:
evelyn.gruenheid@statistik-bund.de

5. Soziodemographische Strukturen und Prozesse, Demographische Prognosen und Simulationen

WD Dr. Hullen

Tel.: 0611 / 752363
E-mail: gert.hullen@statistik-bund.de

ZENTRALE DIENSTE

Verwaltung und allgemeine Dienste:

(In Verbindung mit dem Statistischen Bundesamt)

Dir. u. Prof. Dr. Höhn

Tel.: 0611 / 752235
E-mail: bib@statistik-bund.de

Informationstechnologie, mathematisch-statistische Methoden

ORRn Gärtner

Tel.: 0611 / 752692
E-mail: karla.gaertner@statistik-bund.de

6. Demographische Alterung, Bevölkerungssoziologie, Mikrodemographie

Dr. Roloff

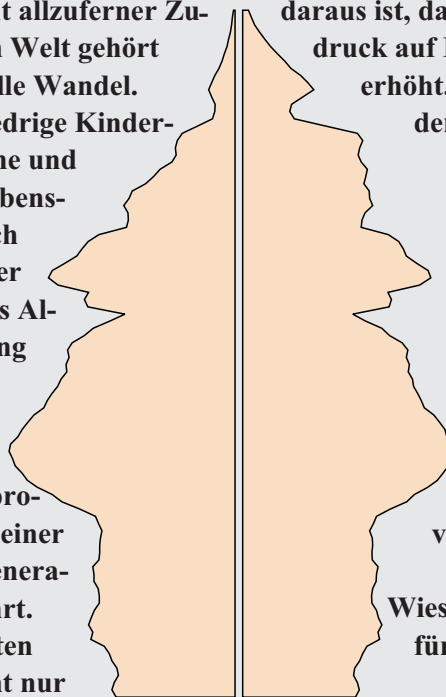
Tel.: 0611 / 752614
E-mail: juliane.roloff@statistik-bund.de

7. Bevölkerung und Entwicklung, insbesondere in den Entwicklungsländern, bevölkerungsbezogene Politiken

WOR Schulz

Tel.: 0611 / 752699
E-mail: reiner.schulz@statistik-bund.de

Zu den bedeutendsten gesellschaftspolitischen Herausforderungen in naher Zukunft in Deutschland und Europa und in nicht allzuferner Zukunft in der ganzen Welt gehört der altersstrukturelle Wandel. Getragen durch niedrige Kinderzahlen und eine hohe und weiter steigende Lebensdauer verändert sich der Altersaufbau der Bevölkerung. Dieses Altern der Bevölkerung ist es, das unsere sozialen Sicherungssysteme vor große Anpassungsprobleme stellt und zu einer Gefährdung des Generationenvertrages führt. In einer globalisierten Welt sind aber nicht nur die alterungs- und schrumpfungsbefindlichen Bevölkerungsprobleme der Industrieländer von Interesse. Die Zahl der Weltbevölkerung wird, wenn auch



verlangsamt und regional in Afrika und Asien noch lange Zeit weiter anwachsen. Die logische Konsequenz daraus ist, dass sich der Wanderungsdruck auf Europa und Deutschland erhöht. Die Zahl und der Anteil der ausländischen Bevölkerung wird steigen und damit werden sich die Fragen um das Problem Migration - Integration - Minderheiten für das 'Einwanderungsland Deutschland' in neuer Qualität stellen. Dies alles erzeugt einen Handlungsbedarf an vorausschauender Politik. Die Wissenschaftler des Wiesbadener Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung wollen sich in den Dienst einer solchen Politik stellen und mit der hier vorgelegten Broschüre über die Bevölkerungsprobleme unserer Zeit informieren und zum Nachdenken darüber auffordern.